

Politische Berichte ★

Nummer 15 / 16. Jahrgang

27. Juli 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik.
Erscheint vierzehnmalig. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM
ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift
GNN-Verlag, Postfach 260226, 60515 Köln.
Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
Telefon: 0221/211658, Fax: 0221/215373

Große Mobilmachung und beginnende Kritik

Deutschem Kriegseintritt folgen verschärzte Kämpfe in Bosnien

Direkt auf Ermächtigungsbeschuß des Bundestags setzten in Bosnien verschärftete Kampfhandlungen ein. Die Bundesregierung, die keinen Zweifel gelassen hatte, daß es ihr um eine Ermutigung sämtlicher Kriegsgegner der bosnischen Serben zu tun war, erreichte mithin das Gegenteil. Der deutsche Kriegseintritt löste bei den Serben offenbar ein übermächtiges Gefühl der Bedrohung aus und provozierte Kampfbereitschaft. Die Legitimation der UN-Truppen, die auf deren Neutralität beruht, wurde entscheidend geschwächt. Sollte es zu einer tatsächlichen deutschen Kampfbeteiligung kommen, würde dieser Effekt in ungeahntem Maß verstärkt auftreten. Es zeigt sich bereits jetzt, daß und wie die Vorgeschichte deutscher Balkankolonialisierung in der Zeitgeschichte weiterwirkt.

Erschreckend aus demselben Grund ist die Nachricht, daß die katholische Kirche, vertreten durch Papst und Kurienbeamte, eine Militärintervention in Bosnien schlankweg fordert. Die *Kölnische Rundschau* berichtet am 24.7.: „... hat Papst Johannes Paul II in einem dramatischen Appell an die politisch Verantwortlichen gefordert, das Menschenmögliche für den Frieden in Exjugoslawien zu tun. Mit ungewöhnlich scharfen Worten rechtfertigte er Waffengewalt zur Verteidigung der Menschen dort. Militäraktionen seien immer eine extreme Lösung, aber gerechtfertigt, wenn es um die Verteidigung wehrloser Menschen gehe, sagte der Papst: „Wenn jemand das Recht auf Leben mit Füßen tritt, dann besteht das Recht, sich zu verteidigen.“ Die Kirche habe stets einen „gerechten Krieg“ als Antwort auf Aggressionen als zulässig anerkannt. Vor einigen Tagen hatte sich

der päpstliche Nuntius in Bosnien für eine Militärintervention ausgesprochen.“

Damit gibt die katholische Kirche in einer Frage, in der sie geschichtlich durch ihre Verbindungen zu dem kroatischen Ustascha-Faschismus schwer belastet ist, den Gedanken der Versöhnung auf. Der hl. Vater segnet die Waffen, die siegen sollen, und verdammt die anderen zur Niederlage.

In den Grünen, die im Bundestag noch mehrheitlich gegen das Ermächtigungsgebet stimmten, nimmt die innerparteiliche Auseinandersetzung einen gefährlichen Verlauf. So beteiligte sich in Hamburg der Fraktionssprecher der Grünen in der Bürgerschaft, Wilfried Maier, an einem alle Bürgerschaftsparteien umfassenden Interventionsappell.

Wenn auch die PDS als einzige Parlamentspartei geschlossen gegen die Kriegsbeteiligung auftritt, so steht die Partei doch nicht allein. In vielen Orten der BRD sammelt sich eine Antikriegsbewegung, die die Bevölkerung warnt und über Folgen und Hintergründe der Intervention aufklärt. In der wehrpflichtigen Jugend schnellen die Verweigererzahlen nach Berichten der DFK/VK weiter hoch.

In den vor allem in den Ostländern auflagenstärkeren Zeitungen wie dem *Neuen Deutschland* und der *Jungen Welt* wird über den parteilichen Ansatz der BRD-Politik berichtet, und auch in der liberalen Presse, etwa der *Süddeutschen Zeitung*, lassen sich Beiträge finden, die Löcher in das sonst engmaschige Netz der Anti-Serben-Hetze reißen.

Text- und Bilddokumente siehe auch auf den Seite 4 und 5
— (maf)



Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

5000 Menschen demonstrierten gegen Hinrichtung und Todesstrafe

Naherzu 5000 beteiligten sich am 22.7. an der bundesweiten Demonstration in Berlin gegen die für den 17. August befohlene Hinrichtung des afroamerikanischen oppositionellen Journalisten Mumia Abu-Jamal. Die Demonstration wurde von einem breiten Bündnis getragen, und wenn sie auch die zahlreichen örtlichen Initiativen für das Leben und die Freiheit von Mumia Abu-Jamal nur ansatzweise widerspiegeln, hat sie doch eine gute Grundlage für die weitere örtliche Mobilisierung geschaffen, die dringend notwendig ist, um die Hinrichtung doch noch zu verhindern.

Bisher nämlich hat sich das Gericht, trotz zunehmender Proteste in den USA und weltweit, geweigert, den Hinrichtungsbefehl auszusetzen. (Siehe dazu Stellungnahmen von Mumia Abu-Jamal und seinem Anwalt auf Seite 13.) Das ist angesichts der Tatsache, daß die Anwälte Mumias zusammen mit dem Antrag auf Aussetzung einen auf 300 Seiten detailliert begründeten Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gestellt haben, ungeheuerlich und auch absolut ungewöhnlich. Zunächst hatte Richter Sabo — der Richter, der Mumia Abu-Jamal vor 13 Jahren in einem skandalösen Verfahren zum Tode verurteilt hatte und jetzt über den Aussetzungsantrag und in erster Instanz über den Wiederaufnahmeantrag entscheidet — von den Anwälten verlangt, binnen zweier Tage einschlägige Urteile vorzuweisen,

mit denen Todesstrafengefangenen bis zur Entscheidung über die Wiederaufnahme ihres Verfahrens Hinrichtungsaufschub gewährt worden war. Als sie die Urteile dann vorlegten, verlangte er Beweise, daß es sich bei dem Wiederaufnahmeantrag nicht um ein „Verzögerungsmanöver“ handele. Da er die Aussetzung der Hinrichtung aber auch nicht definitiv ablehnt, sondern die Entscheidung bis unmittelbar vor dem Hinrichtungsdatum sich vorbehält, ist es für die Anwälte nicht möglich, in Berufung zu gehen und so vielleicht eine positive Entscheidung zu erreichen. Die Gefahr ist real, daß nach Sacco und Vanzetti 1927 und Ethel und Julius Rosenberg 1953 mit Mumia Abu-Jamal erneut ein aus politischen Gründen Verfolgter und Verurteilter hingerichtet wird.

Mumia Abu-Jamal, der auch im Gefängnis, im Todeskraft nicht aufgehört hat, gegen Rassismus und Unterdrückung zu kämpfen, darf nicht hingerichtet werden!

Die Vollstreckung seiner Hinrichtung, für die sich eine geschlossene Front von Reaktionären so stark macht, würde die Todesstrafe in den USA wohl auf lange Zeit als gängiges Mittel, als furchtbarste Waffe sozialer, rassistischer und politischer Repression durchsetzen.

Es bleiben noch drei Wochen, um durch Mobilisierung aller Kräfte der Solidarität die Hinrichtung Mumia Abujamals zu verhindern. — (scg)



Zehntausend Kriegsgefangene aus Kurdistan in Gefängnissen der Türkei im Hungerstreik — Solidaritätsaktionen Bericht und Dokumente Seite 3

Polen soll deutscher Grenzraum werden

Kohl spricht beim Polenbesuch von „Schlüsselkunst“

Kanzler Kohl und die einschlägigen Wirtschaftsblätter zeigen sich mit dem Polen-Besuch hoch zufrieden. Die FAZ berichtet, daß der Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Plüger meinte, „die Rede Kohls vor dem polnischen Sejm markiere den Höhepunkt der deutsch-polnischen Beziehung seit 250 Jahren“. (1)

Kohl war der erste ausländische Politiker, der vor dem polnischen Sejm und dem Senat sprechen durfte. Seine Rede wurde im Fernsehen direkt übertragen. Diese Ehre wußte Kohl zu würdigen, als er den Polen in seiner Rede viel Honig um den Bart schmierte. Wie Kohl hält ist, hat er aber auch gesagt, die Polen müssen geduldig und fleißig sein, sonst würde es mit der EU- und NATO-Mitgliedschaft nichts werden. Und daß sie parieren müssen, hatte ja der Bundesgrenzschutz wenige Tage vorher in Frankfurt/Oder gezeigt, als er 300 arbeitssuchende Polen einfach festnahm. Dagegen protestierte der polnische Parlamentspräsident Zych bei der Eröffnung des Sejm.

Zu Recht, denn Kohl verteidigte in seiner Rede dieses brutale Vorgehen, als er erklärte: „Dem polnisch-deutschen Grenzraum an Oder und Neiße kommt eine Schlüsselkunst zu. Diese Außengrenze der EU muß sich zu einem Kooperationsraum entwickeln; dies erleichtert auch die gewünschte Integration Polens in die EU.“ (2) Kohl verlangt also polnische Hilfe, damit dies die bestbewachte Grenze mit Stacheldraht, Hundestaffeln und BGS in Europa bleibt. 10000 Personen wurden an der ostdeutschen Grenze allein in diesem Jahr verhaftet, 1994 waren es 21169. (3)

Kohls Besuch verfolgt aber auch wirtschaftliche Interessen. Neben Tschechien ist Polen ein wichtiger Handelspartner der BRD. Die Handelsbilanz zwischen der BRD und Polen ist ausgeglichen. Laut Angaben des Wirtschaftsfachblattes *The Economist* liegt sein Wachstum weltweit an neunter, europä-

weite an erster Stelle. Deutschland ist mit einem Drittel des Außenhandelsvolumens Polen wichtigster Wirtschaftspartner. (4)

Kohl eröffnete in Warschau eine deutsch-polnische Handelskammer, in der bereits jetzt 300 Unternehmen zusammengeschlossen sind. Diese Kammer ist eine der größten deutschen Kammern im Ausland. Auf diesem Wege will die Regierung das Investitionsrisiko der Konzerne senken. Sie spricht davon, daß sie die Bedingungen für die Exportkredit-Versicherung über Hermesbürgschaften verbilligen wolle.

Kohl sprach beim Polen-Besuch davon, daß Polen eine genauso wichtige Bedeutung zufalle wie Frankreich. Er sprach von „strategischer Partnerschaft“. Was er damit genau meint,

kann man nur vermuten:

Das Bündnis BRD/Frankreich ist die Achse für das Projekt „Kerneuropa“, das Schäuble immer wieder propagiert. Polen soll nicht die Rolle einer „Achsenmacht“ spielen, sondern die eines Brückenkopfes für die Erschließung des ost-europäischen Marktes. Die FAZ meint, dazu sei die Mitgliedschaft in der EU unumgänglich: „Der Beitritt neuer Kandidaten zur EU mindert ein wenig den Verdacht, den selbst kluge Selbstbeschneidung Bonns im Interesse des Ganzen nicht immer zu entkräften vermag.“ Und an einer anderen Stelle meint das Blatt: „Gespräche über die Vertiefung der Integration und notwendige Veränderungen der Institutionen könnten deshalb von einer ‚Hegemoniediskussion‘ — Kostproben davon gab es in der jüngsten Vergangenheit schon zur Genüge — überlagert werden.“ (5)

Am gleichen Wochenende, als Kohl in Polen weilte, fand der Schlesierstag in Nürnberg statt. Nicht mehr in Hannover, seitdem Rot-Grün bzw. jetzt wieder die SPD regiert. Hatte es in den achtziger Jahren um die Lösung des Schlesierstages „Schlesien bleibt unser“ einen Skandal gegeben, hieß diesmal das Motto: „In Verantwortung für Schlesien“. Schäuble war Gastredner und formulierte die „Verantwortung“ wie folgt:

„Mit der Grenze haben wir uns abfinden müssen. Mit dem Verlust der Heimat der Deutschen im Osten finden wir uns nicht ab! Das Recht auf die Heimat ist ein Menschenrecht — unveräußerlich, unverlierbar. Wir brauchen uns mit dem Verlust der Heimat auch nicht abzufinden, denn heute sind die Grenzen offen.“ (6)

Ohne derzeit die Grenze offen in Frage zu stellen, wirft Schäuble die „Schlesienfrage“ auf: Schlesien soll deutsch durchdringen und deutsch besiedelt werden. Er sagte dann:

„Der europäische Weg ist der Weg der Rückkehr der rückkehrwilligen Deutschen in ihre angestammte Heimat, das ist der Weg zur Verwirklichung der Min-

derheitenrechte, das ist der Weg der Aussöhnung der Völker, der Verständigung, des Friedens.“ (6)

Die FAZ bemerkt, daß Schäuble für diese Aussage einheitlichen Beifall auf dem Schlesier-Tag bekam. (7) Auch von jenen Neofaschisten, die bei Schäubles Äußerungen, man müsse sich mit der Oder-Neiße-Grenze abfinden, noch geplätschert hatten.

Ähnlich wie in der Tschechien-Frage geht es der BRD darum, Ansprüche zu sichern. Rückkehr wohin? Natürlich auf den Grund und Boden, der den Leuten einmal gehörte. Viele würden dabei ein Geschäft machen, der einzelne, die Wirtschaft, der Staat und nicht zuletzt Kohl und Schäuble, dessen Popularität wieder steigen ... Diese Politik hat eine materielle Grundlage, die anscheinend eine gewisse mobilisierende Funktion hat.

Mit der Ostexpansion befaßt sich die Linke in der BRD zu wenig. SPD und Grüne machten bei der Lobbiedelung der Vertriebenenorganisationen mit, als Kohl im Juni seine Regierungserklärung zu den Vertriebenen abgab. (8) Nur die PDS-Abgeordnete Jelpke trat dagegen auf und wurde vom Deutschen Ostdienst wüst beschimpft. (9) Diese Vorgänge weiß der Fraktionsvorsitzende Schäuble zu schätzen, als er auf dem Schlesierstag erklärte: „Über Jahrzehnte sind die Vertriebenen und ihre Landsmannschaften und ihre Sprecher herabgesetzt, ausgegrenzt, als Revanchisten diffamiert worden ... Wenn dies jetzt anders wird, auch auf Seiten der Linken in diesem Land, um so besser.“ (6)

Quellen: (1) FAZ, 10.7.95; (2) Redemanuskript des Bundeskanzlers vom 6.7. Nr. 245/95; (3) Kölner Stadt-Anzeiger, 25.7.; (4) Frankfurter Rundschau 12.7. (5) FAZ, 11.7.95. (6) Ansprache des Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble; (7) FAZ, 10.7.; (8) Politische Berichte Nr. 13/95; (9) Deutscher Ostdienst, 7. Juni 1995.
— (jöd)



Aussiedlerbeauftragter Waffenschmidt in Polen ...

Ärztedemo gegen Gesundheitsstrukturgesetz

Aussetzung der Arzneimittelbudgetierung gefordert

Die Vertragsärztliche Vereinigung Nord-Württemberg — Ärzteinitiative e.V. lud am 15. Juli zu einer Kundgebung auf den Schloßplatz in Stuttgart ein. Etwa 700 Menschen — mehr als die Hälfte davon Ärzte — hatten sich versammelt. Es ging um Protest gegen die Auswirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes (GSG) auf die niedergelassenen Ärzte und Patienten.

Inhalt des GSG ist u.a. ein feststehendes Budget für die Ausgaben von Medikamenten und Heilmitteln im Bereich der ambulanten Behandlung. Diese Ausgabenobergrenze gilt seit 1993 und bewegt sich etwa auf dem Niveau von 1991. Stellt sich am Jahresende heraus, daß sie nicht eingehalten wird, werden alle niedergelassenen Ärzte regelhaft — d.h. sie müssen die Kosten für die das Budget überschreitenden Verordnungen aus ihrem eigenen Einkommen nachträglich übernehmen.

Seit 1991 haben sich jedoch die Preise erhöht, neue und teurere Medikamente kamen auf den Markt, mehr ambulante Diagnostik und Therapie auch schwerer Erkrankungen (Krebs, MS, Aids ...) er-

fordern aufwendigere Arzneimitteltherapie, und schließlich haben die Verordnungen durch die Förderung der ambulanten Rehabilitation zugenommen (Massagen, Ergotherapie, Logopädie ...). In den Jahren 1993 und 1994 wurde das Budget um 11,7% bzw. 6,0% sogar noch unterschritten in BRD-West. Im BRD-Ost bezahlt jeder Arzt für 1994 ca. 3500 DM wegen zu hoher Verschreibungen. Für 1995 zeichnet sich eine bisher auf 6% bezifferte Budgetüberschreitung ab. In Nord-Württemberg z.B. wurde bisher für 21 Millionen DM zuviel verordnet. Daraus errechneten die Ärztevertreter Regresszahlungen in fünfstelliger Höhe. Dagegen wehren sich die niedergelassenen Ärzte zu Recht und fordern die Aussetzung des Budgets für 1994 in den neuen Bundesländern und für 1995 in allen Bundesländern sowie keine Fortsetzung der Budgetierung nach 1995.

Über den Umweg der Ärzte trifft die Festschreibung der Arznei- und Heilmittelausgaben die Patienten, deren Anspruch auf Leistungen durch die gesetzliche Krankenkasse auf diese Weise

ausgehebelt wurde. Es ist gut, wenn sich die niedergelassenen Ärzte zu dieser Frage melden und nicht länger die Diskussionen in den Sprechzimmern führen wollen, was sie welchem Patienten noch verordnen können. Sie weisen es auch als unverschämmt zurück, wenn das Bundesministerium für Gesundheit den Ärzten Ende Juni mitteilte, daß der festzustellende Ausgabenanstieg bei Heilmitteln dadurch bedingt sei, „daß Verordnungen bei geringfügigen Erkrankungen und Beschwerden überwiegen, die nicht behandlungsbedürftig sind“. Protest dagegen nützt auch den Patienten.

Standesinteressen niedergelassener Ärzte und die Interessen von (den meisten) Patienten trennen sich allerdings, wenn Redner des Ärzteverbandes forderten: „Es ist nicht mehr alles bezahlbar, was sinnvoll oder was nötig ist. (...) Es ist Aufgabe eines Konsenses aus Politik, Kassen und Medizin festzulegen, was an so definiert Notwendigem von der gesetzlichen Krankenkasse getragen wird und was nicht, wir können hier nur beratend zur Seite stehen.“

Keiner der Vertreter übt Kritik an den bisher kursierenden Modellen wie künftiger Aufspaltung der Beiträge Wahl- und Pflichtleistung! Stattdessen gab es Beifall für die vom FDP-Landtagsabgeordneten Döring vorgetragene Forderung nach höherer Selbstbeteiligung der Patienten; ebenso für Frau Stanienda (CDU-Gemeinderatsmitglied), die sich dafür aussprach, den Leistungskatalog der Krankenversicherungen auf das Notwendigste zu beschränken. Die angestrebte massive Beschränkung der Leistungen würde dann zwar nicht mehr auf Kosten der Ärzte gehen, aber sie in ihrer Berufsausübung noch mehr als jetzt beschneiden.

Unschön waren die Seitenhiebe gegen andere Bereiche im Gesundheitswesen (Krankenhäuser, Krankentransport, ambulante Kuren, Krankengeld u.a.) die überproportionale Kostenanstiege zu verzeichnen hätten, statt zu sparen. Statt gegen andere zu hauen und sich zu empfehlen, es sich gemeinsam mit der Qualität der Gesundheitsversorgung ambulant und stationär für alle Patienten gleichzurichten. — (evo)

Forderungen der Hungerstreikenden:

1. Die internationale Öffentlichkeit wird aufgerufen, die Erklärungen des Vorsitzenden der PKK, Abdullah Öcalan, zu einem Dialog, als ersten Schritt zu einer politischen Lösung, anzuerkennen und zu unterstützen.
2. Die Einhaltung der in den Genfer Konventionen niedergelegten Schutzregeln für Kombattanten in Kurdistan muß überwacht und sichergestellt werden.
3. Die Morde an Zivilisten, Massenhinrichtungen, Folter in den Gefängnissen

und das Niederbrennen von Siedlungen muß zu einem Ende kommen.

4. Alle Kriegsgefangenen in türkischen Gefängnissen müssen als offizielle Kriegsgefangene (Prisoners of War, POW) anerkannt werden.

5. Alle militärischen Operationen, die auf die Vernichtung unseres Volkes abzielen, müssen aufhören.

6. Die Entsendung von Delegationen unter der Aufsicht von UN und Internationalem Roten Kreuz ... um den Kriegszustand und die Haftbedingungen in den Gefängnissen zu beobachten.

Forderungen von Solidaritätshungerstreiks:

Ihre Forderungen sind auch unsere.

Des weiteren fordern wir:

7. Die europäischen Staaten, insbesondere die Bundesrepublik, müssen ihre Angriffe und Verhaftungen beenden und die Verbote aufheben.

8. Die Freilassung des in England ohne Grund verhafteten Kani Yilmaz.

9. Die Freilassung der in Deutschland und Frankreich inhaftierten Kurden.

Im Rahmen dieser Forderungen hoffen wir, die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Weltöffentlichkeit für das kurdische Volk, das einen Kampf für die Bewahrung der Menschenwürde führt, zu erreichen. Wir rufen alle Demokraten und Freunde dazu auf, sich an unseren Aktionen zu beteiligen.

Büro für Solidarität mit dem Hungerstreik der 10000 Kriegsgefangenen aus Kurdistan in der Türkei, 14. Juli, 20. Juli 1995

Rue des Guillems 14
1040 Bruxelles - Belgien
Tel: 0032-2-2800654
Fax: 0032-2-2309208

Zehntausend Kriegsgefangene aus Kurdistan in Gefängnissen der Türkei im Hungerstreik

Für Einhaltung der Genfer Konvention, für ein Ende des Kriegs in Kurdistan, für einen Dialog zur friedlichen Lösung sowie für die Anerkennung als Kriegsgefangene

Am 14. Juli 1995 haben rund 10000 Kriegsgefangene der PKK in den türkischen Gefängnissen mit einem unbefristeten Hungerstreik begonnen. Sie fordern mit ihrem Hungerstreik die Einhaltung der Genfer Konvention, ein Ende des Krieges in Kurdistan und Bemühungen für einen Dialog zur friedlichen Lösung sowie den Kriegsgefangenenstatus. Eine entsprechende Erklärung richteten sie an die türkische Regierung, die Regierungen der Nachbarländer, Europas und den USA, die internationalen Institutionen wie UN, OSZE, IRK, Europarat, Europaparlament, EU sowie an Persönlichkeiten, darunter an Fidel Castro und Nelson Mandela.

Der Hungerstreik erstreckt sich auf alle türkischen Gefängnisse in der Türkei und Kurdistan. Gefangene der Revolutionären Volkspartei (DHP) beteiligen sich an dieser Protestaktion. Gefangene der DHPK-C führten ab dem 21. Juli einen dreitägigen Hungerstreik durch, Gefangene von TIKKO sowie die inhaftierte Rechtsanwältin Eren Keskin erklärten ihre Unterstützung.

Der Hungerstreik wurde an dem Jah-

restag des Beginns des Gefängniswiderstandes von 1982 begonnen. Vor 13 Jahren erkämpften die Gefangenen des Militärgefängnisses von Diyarbakir mit einem Todesfasten gegen die Unterdrückung und Barbarei des faschistischen türkischen Militärregimes das Recht auf politische Verteidigung und konnten die Folter teilweise zurückdrängen. Sie setzten ein Zeichen des Widerstands gegen die Militärdiktatur und den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk. Bei diesem Todesfasten fielen die Kriegsgefangenen Mehmet Hayri Durmus, Kemal Pir, Akif Yilmaz und Ali Cicek.

In der Türkei und in Kurdistan erfahren die PKK-Kriegsgefangenen Solidarität. In Istanbul wurden sie von einer Demonstration von 1000 Menschen vor dem Gefängnis unterstützt. Viele davon beteiligen sich an einem Solidaritätshungerstreik in den Räumen des Menschenrechtsvereins IHD und der Partei HADEP. In Diyarbakir begannen Angehörige und Gefangene der HADEP mit Solidaritätshungerstreiks. Im Istanbuler IHD kam es zu einer Begegnung von Angehörigen von PKK-

Kriegsgefangenen und Angehörigen von türkischen Soldaten, die sich in Kriegsgefangenschaft bei der Kurdischen Volksbefreiungsarmee befinden. Weitere solcher Aktionen finden in vielen Städten der Türkei und Kurdistans



statt. 120 Flüchtlinge im Camp Etrus in Südkurdistan begannen ebenfalls mit einem Solidaritätshungerstreik.

In Europa begannen am 20. Juli Solidaritätshungerstreiks; in der Bundesrepublik mit einer Beteiligung von z.Zt. 200 Kurdinnen und Kurden in Berlin und 180 in Frankfurt/Main. Im Gefängnis von Rochester begannen ca. 70 Gefangene verschiedenster Nationalitäten mit einer solchen Solidaritätsaktion. Die Kurdinnen und Kurden unterstützen mit ihren Aktionen die Forderungen der PKK-Kriegsgefangenen. Sie fordern weiter ein Ende der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in Europa, die Freilassung der kurdischen Gefangenen in Deutschland und Frankreich sowie des ERNK-Europavertreters Kani Yilmaz in England. In London fand dazu am 25. Juli vor dem Innenministerium eine Demonstration statt. Die irische Sinn Fein rief zur Solidarität mit dem Hungerstreik der Kriegsgefangenen auf.

Wir dokumentieren auf dieser Seite Erklärungen der Gefangenen und des Solidaritätsbüros in Brüssel.

— (rub)

An die Vereinten Nationen (UNO), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), das Internationale Rote Kreuz, den Europarat, das Europaparlament, die Europäische Union, amnesty international

Die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen müssen, da sie die Verantwortung für ein friedvolles Zusammenleben der Völker tragen, ohne Zweifel über die Zustände in unserem Heimatland Kurdistan unterrichtet sein. Wir, das kurdische Volk, möchten als verantwortungsvolles Mitglied der Weltgemeinschaft gerne fair behandelt werden.

Wir betrachten Sie als eine Stimme der Verantwortung und Vernunft und richten deshalb unsere Erklärung an Sie, wie an mehrere andere internationale Organisationen.

Unser Volk, dem selbst noch der Status eines kolonialisierten Volkes verwehrt wird, ist vor den Augen der Vereinten Nationen der Vernichtung durch die barbarischsten und menschenverachtendsten Regimes dieses Jahrhunderts preisgegeben. Was Saddam Hussein als angemessen für das kurdische Volk betrachtete, ist noch

nicht aus unserem Bewußtsein gewichen. Gegenwärtig wird eine ähnliche Barbarei auf kurdischem Boden durch das türkische Regime geplant und ausgeführt. Unsere Siedlungen werden zerstört, Wälder werden verbrannt, und unser ganzes Land wird systematisch allen Lebens beraubt. Unser Volk wird von seinen Feldern zwangsvortrieben und zum Sterben verdammt. Millionen unserer Menschen müssen auf der Flucht aus der Heimat gegen Krankheit

ein ganzes Volk, seine Kultur, seine Sprache und seine Geschichte systematisch gelehnt und ausgelöscht werden. Doch während die ganze Welt stillschweigend zuschaut, können wir die Vollstreckung des Todesurteils über unser Volk nicht hinnehmen.

Die kurdische Nationale Befreiungsbewegung unter der Führung der PKK repräsentiert den überwiegenden Teil der kurdischen Gesellschaft und nimmt unter Schwierigkeiten und Schmerzen

Offener Brief der Kriegsgefangenen

Ein Appell an die Weltöffentlichkeit

und Hunger ankämpfen. Für diejenigen, die in die Metropolen fliehen, gehören Arbeitslosigkeit und „rätselhafte Morde“ zu ihrer neuen Wirklichkeit. Tag für Tag kommen neue Attacken zum Verzeichnis der Barbarei von Konterguerilla und Spezialeinheiten hinzu. Die heutige Wirklichkeit umfaßt die Vergewaltigung von jungen und alten Frauen, verbrannte Häuser und zerstörte Dörfer. Es ist unmöglich, von Menschenrechten zu sprechen, während

ihre Form an. Die Bewegung hat bewiesen, daß allen unglaublichen Schrecken zum Trotz unser Volk, das mit seiner Befreiung begonnen hat, niemals den entehrenden Status eines versklavten Volkes akzeptieren wird. Daher erwarten wir von der internationalen Gemeinschaft, daß sie unsere Bewegung unterstützt und ihr Anerkennung zollt.

Die allgemeinen Werte, die den Menschen Sicherheit und Frieden garantieren, müssen in unserer Region gefördert

werden. Wir sind überzeugt, daß unser Volk zu entsprechenden Bemühungen beiträgt. Wir ersuchen alle Organisationen, darunter die Ihre, eine gesteigerte Sensibilität für die Bedürfnisse unseres Volkes zu zeigen. Insbesondere seit dem Frühjahr dieses Jahres 1995 wütet der schmutzige Krieg mit dem Ziel, unser Volk auszulöschen, ungezügelt — trotz aller Rufe nach einem Waffenstillstand durch den Vorsitzenden der PKK, Herrn Abdullah Öcalan. Nicht zuletzt um auf das Leiden in unserem Heimatland aufmerksam zu machen, werden wir, zehntausend Kriegsgefangene in türkischen Gefängnissen, am 14. Juli 1995 in einen unbefristeten Hungerstreik treten. Wir werden unseren Widerstand solange fortsetzen, bis ernsthafte Schritte des Entgegenkommens auf unsere unten ausgeführten dringlichen Anliegen unternommen werden. Wir setzen das uns als Person geschenkte Leben ein, um das Recht unseres Volkes auf Leben zu unterstreichen. Wir erhoffen und wünschen uns, daß mit diesem bescheidenen Schritt im Widerstand unseres Volkes ein Wandel herbeigeführt wird ...

Lautes Kriegsgeschrei, leise Gegenstimmen

Wie lange kann die Kriegsagitation die Tatsachen erdrücken?



Zweieinhalb seiner 13 Jahre lebte Adnan Hadzic in Deutschland. Vor zwei Monaten kehrte er nach Sarajevo zurück, wo er im Granateuer starb. Seine Mutter küßt ihn im Sarg. Bild: ap



Protest im Morgengrauen: Am Freitag fanden sich rund 40 Demonstranten vor den Kasernenbäuden in Lagerlechfeld und in Schwabstadt (bei Augsburg) ein, um auf Transparenten ihre Ablehnung gegen den Bundeswehr-Einsatz in Bosnien-Herzegowina und – wie dieser Mann – gegen den Militärdienst kundzutun. Bild: Wolfgang Diekamp



Auf dem Weg in den Einsatz: Soldaten aus Lagerlechfeld bei Landsberg. Bild: ap



Oben: „Er und seine Kameraden fühlen sich für ihren möglicherweise bald bevorstehenden Einsatz in Bosnien bestens gerüstet.“
Unten: „Sicher gelandet sind die deutschen Tornados im italienischen Piacenza. Oberst Johann Georg Dora (links), Kommandeur des Jagdbombergeschwaders in Lagerlechfeld, wurde von Flughafenkommandeur Giulio Cacciatori (rechts) und General Walter Jertz herzlich begrüßt.“



Warten auf den Abflug: 60 Soldaten starteten gestern nach Piacenza. Bild: dpa

Die nebenstehenden Bilddokumente sind sämtlich verschiedenen Ausgaben der Augsburger Allgemeinen Zeitung entnommen, die es sich offensichtlich zur Aufgabe macht, die im nahen Lagerlechfeld stationierte Tornado-Truppe moralisch aufzubauen. Alle Elemente der psychologischen Kriegsführung werden eingesetzt: In der ersten Bildgenüberstellung wird das tote Kind direkt dem Demonstranten angerechnet. In der zweiten Bildgruppe „bestens gerüstet“, „herzlich begrüßt“ werden eigene Überlegenheit und Schutz durch starke Freunde suggeriert. Das unübersehbar gespenstische der modernen Kriegsmaschine, die Menschenmaterial

braucht und verbraucht, wird durch streng sachliche Untertitel abgefangen

Im Interview der SZ mit dem jugoslawischen Außenminister wird die SZ-Leserschaft seit Monaten erstmals erinnert, daß im Vorfeld der jetzigen Kämpfe reits kroatische und bosnische Truppen Schutzzonen überrannten, und zwar in stillschweigender Billigung der BRD-Politik.

Im Gespräch mit der Jungen Welt zeigte Sean Gervasi die Parallelen zwischen der Verwicklung der USA in den Vietnamkrieg und der heutigen US-Balkanpolitik auf. — (maf)

Jugoslawiens Außenminister Jovanović

„Deutsche in Uniform nicht willkommen“

aus: Süddeutsche Zeitung

■ Die Welt ist über die Ereignisse in Bosnien schockiert. Können Sie für Ihre Regierung sagen, daß sich die Bundesrepublik Jugoslawien von den Angriffen auf UNO-Schutzzonen distanziert?

Wir sind über die negative Entwicklung in Bosnien tief beunruhigt. Wir sind der Meinung, daß UN-Schutzzonen in Bosnien und in der Krajina entmilitarisiert werden müssen. Nur die UNPROFOR sollte dort sein. Das ist der beste Schutz für die Menschen dort.

■ Wollen Sie andeuten, daß der Angriff auf Srebrenica von den bosnischen Muslimen provoziert wurde?

Es gibt Hinweise darauf. Was ich sagen möchte ist, daß sich seit einigen Monaten die Entwicklung in Bosnien, in der Krajina und in West-Slavonien verschlechtert hat, ohne daß die internationale Gemeinschaft reagiert hätte. Am Anfang stand die Verletzung des Waffenstillstandes, zunächst von der muslimischen Seite, dann von beiden Seiten. Darauf gab es keine adäquate Antwort.

■ Von wem?

Vom UNO-Sicherheitsrat, von der Kontaktgruppe und von den UNO-Verantwortlichen, die diesen Waffenstillstand schützen sollten. Der Waffenstillstand war nicht die Lösung, aber ein Weg zur Lösung der Probleme. Die Schutzzonen sollten entmilitarisiert werden, was nie geschehen ist. Sie wurden von den Muslimen als Plattform für Militäraktionen gegen die bosnischen Serben benutzt.

■ Rechtfertigt das die Militäraktionen von Radovan Karadzic?

Ich verteidige diese Seite nicht. Ich versuche, die Entstehung der negativen Entwicklung zu analysieren. Wir bedauern diese Entwicklung zutiefst. Die Schutzzonen sollten von allen respektiert werden, auch von der UNO. Auch Westslavonien (das im Mai von den Kroaten besetzt wurde, Anm. d. Red. (d. SZ)) war eine Schutzone. Wir brauchen jetzt einen umfassenden Waffenstillstand.

■ Also auch ein Ende der Bombardierung Sarajevos?

Natürlich.

■ Und kein Angriff auf Gorazde?

Natürlich. Notwendig ist ein sofortiger bedingungsloser Waffenstillstand. Der Friedensplan der Kontaktgruppe bleibt die Basis für Verhandlungen.

■ Welche Mittel haben Sie, den Krieg zu beenden? Wie groß ist Ihr Einfluß auf die bosnischen Serben?

Wir haben den Friedensplan der Kontaktgruppe unterstützt, die bosnischen Serben nicht. Das spricht für sich. Das zeigt, wie weit unser Einfluß geht. Der Einfluß ist viel kleiner als früher. Die Aufhebung der Sanktionen wäre die wertvollste Hilfe, welche die internationale Gemeinschaft Jugoslawien geben kann.

■ Doch die Welt möchte von Ihrer Regierung hören, daß sie sich offen vom Führer der Serbischen Republik Bosnien, von Radovan Karadzic, distanziert. Können Sie diese Sicherung geben?

Wir haben die politischen und ökonomischen Beziehungen zur Führung der bosnischen Serben beendet. Das ist die beste Illustration unserer Differenzen. Natürlich werden wir nie unsere Verbindungen mit den Serben in Bosnien beenden. Die Chancen, größeren Einfluß auf die bosnischen Serben zu bekommen, wären fast unbegrenzt, wenn die Sanktionen aufgehoben würden. Denn das Hauptargument der Führung in Pale lautet, daß die Sanktionen bleiben, was auch immer Jugoslawien tut.

■ Sie sagten deutlich, daß Sie die Beziehungen zur Führung in Pale beendeten. Es gibt Berichte, denen zufolge Offiziere der bosnischen Serben von Belgrad bezahlt werden und daß Jugoslawien bosnisch-serbische Raketenstellungen Computerhilfe gibt.

Das sind sogenannte Informationen und Anspielungen, die unsere Friedenspolitik diskreditieren sollen. Die Berichte der internationalen Überwacher an der Drina sind alle zu unseren Gunsten ausgefallen.

■ Das beantwortet nicht die Frage, ob Serbien bzw. Jugoslawien bosnisch-serbische Offiziere bezahlt.

Wir sind in den bosnischen Krieg nicht verwickelt. Alle Kriegsparteien profitieren von der Tatsache, daß die Waffenindustrie des alten Jugoslawien in Bosnien lag.

■ Können Sie also Berichte dementieren, daß bosnisch-serbische Offiziere von Jugoslawien bezahlt werden und daß Jugoslawien der bosnisch-serbischen Armee Computerhilfe gibt?

Ich bin kein Militär. Dafür bin ich kein Gesprächspartner. Wir sind in Bosnien militärisch nicht engagiert. Einige Offiziere haben ihre Familien in Jugoslawien. Das erklärt, warum einige finanzielle Unterstützung erhalten. Das alles aber ist marginal.

■ Der serbische Präsident Slobodan Milosevic machte in einem Time-Interview einen Unterschied zwischen Radovan Karadzic und General Ratko Mladic. Kann man daraus einen Wechsel der Unterstützung von Karadzic zu Mladic ableSEN? Kann man daraus folgern, daß Ihrem Land die Kriegsgewinne der bosnischen Serben letztlich nicht unangemessen sind?

Wir denken nicht an einen Abschied vom Friedensplan der Kontaktgruppe. Eine seriöse Alternative gibt es nicht. Weil aber die muslimische Seite die Kampfhandlungen wieder aufgenommen hat, kann es auf dem Boden einige Änderungen geben, weil alle Seiten neue Territorien besetzt haben.

■ Welche Rolle sollte die UNPROFOR spielen?

Die UNPROFOR sollte in Bosnien bleiben. Das Mandat sollte nicht geändert werden. Eine Änderung von der friedenserhaltenden Rolle zu einer Rolle, die einer Partei eine Lösung aufzuwingt, wäre katastrophal. Es gäbe mehr Krieg, nicht weniger Krieg.

■ Hat sich die UNPROFOR von diesem Weg weggegeben?

Es gibt einen ständigen Druck auf die UNPROFOR, sich auf die Seite der Muslime zu stellen. Bisher aber war die Politik der UNPROFOR korrekt.

■ Sollte die schnelle Eingreiftruppe Gorazde verteidigen, wenn Radovan Karadzic angreifen läßt?

Die Aktivierung der Schnellen Eingreiftruppe würde lediglich zu weiterer Eskalation führen.

■ Aber derzeit führt in diesem Ausmaß nur Radovan Karadzic Krieg in Bosnien.

Karadzic sagte, er werde Gorazde nicht angreifen, wenn die bosnischen Serben um Gorazde nicht aus der Stadt angegriffen würden. Er fordert von der UNO die Demilitarisierung von Gorazde.

■ Aber es gibt keine Angriffe aus Gorazde heraus.

Soweit ich weiß, nein.

■ Also gibt es auch keinen Vorwand für einen Angriff.

Derzeit nicht. Aber die muslimische Regierung in Sarajevo versteht es, Situationen herbeizuführen, die eine internationale Intervention hervorrufen sollen. Ich habe keine Beweise, aber es gibt Berichte, daß die Kommandeure von Srebrenica aus Sarajevo Anweisungen bekamen, die bosnischen Serben anzugreifen.

■ Spielt der Feldzug von Radovan Karadzic jeden in die Hände, die ein Groß-Serbien schaffen wollen?

Wir haben keine Ziele in Bosnien. Unser einziges Ziel ist das Ende des Kriegs. Der Plan der Kontaktgruppe gibt den bosnischen Serben ihre elementaren Rechte. Wir haben kein Konzept eines Groß-Serbien. Jugoslawien hat kein anderes Interesse als jenes, allen drei Völkern Bosniens gleiche Rechte zu verschaffen. Wir haben keine territorialen Ziele. Unsere Unterstützung für die bosnischen Serben ist Unterstützung

für ihr Recht auf Selbstbestimmung als eines von diesen drei Völkern.

(...)

■ Wann wird Jugoslawien Bosnien und Kroatien anerkennen?

Wir haben oft gesagt, daß wir die neuen unabhängigen Staaten anerkennen werden, wenn die politischen Probleme gelöst sind, die von ihrer Sezession stammen. Eines der Probleme ist die Lage der Serben in der Krajina. Bosnien ist ein anderes Beispiel für einseitige Unabhängigkeitserklärung und frühzeitige Anerkennung durch die internationale Gemeinschaft. Wenn alle Probleme gelöst sind, werden wir diese Staaten anerkennen. Dagegen ist die Bundesrepublik Jugoslawien kein neues Land. Es ist ein Land der Kontinuität. Wir haben uns nie von Jugoslawien getrennt. Jugoslawien muß in seiner Kontinuität anerkannt werden.

■ Was erwarten Sie von Deutschland?

Wir würden gerne sehen, daß Ihr Land, das wir immer schätzten, einen echten Beitrag zur Lösung der Probleme leistet, ein gutes Beispiel gibt und seine Politik in ein neues Gleichgewicht bringt.

■ Gibt es Einwände gegen die deutschen Tornados?

Deutschland ist bei uns willkommen in jedweder Kleidung — aber nicht in Uniform.

Die Fragen stellte Heiko Flottau in Belgrad. Abdruck aus: Süddeutsche Zeitung vom 22./23.7.1995

Interview mit Sean Gervasi, USA

Wird der Balkan für die USA zu einem zweiten Vietnam?

aus: „Junge Welt“

■ Die US-Politik in Bosnien ist nicht sehr konsistent. An einem Tag wollen sie Bodentruppen schicken, am nächsten streiten sie das ab, am dritten Tag verweigern sie den Franzosen Hubschrauber zum Transport ihrer Schnellen Eingreiftruppe, am vierten bieten sie ihre Luftwaffe zur massiven Bombardierung der Serben an. Was will die US-Administration überhaupt?

Natürlich gibt es Widersprüche, natürlich gibt es dieses Vorwärts-Rückwärts. Trotzdem läßt sich bei allem Hin und Her in der US-Politik ein Trend ablesen: Die USA werden immer tiefer in den Bosnien-Krieg verwickelt, nicht nur politisch, sondern vor allem auch militärisch.

Im Jahr 1993 muß die Clinton-Regierung einen entsprechenden Beschuß gefaßt haben, denn seit 1994 häufen sich die Berichte über amerikanische Militärhilfe für die Moslems. Nach Auskünften französischer Offizieller handelt es sich um Waffen aus dem ehemaligen Ostblock, die in US-Lagern gelandet waren und dann via Türkei nach Bosnien geschafft wurden.

Im Herbst 1994 — ich beziehe mich hier vor allem auf Berichte englischer Zeitungen wie *The Independent* oder *The European* — haben US-Militärberater ihre Arbeit für die Moslem-Truppen begonnen, und sie unterstützten diese bereits bei der Offensive in Mittelbosnien.

Am Rande erwähnt: Damals nahmen die Moslems den Serben weit größere Gebiete ab, als es jetzt umgekehrt pas-

siert, inklusive aller menschlichen Tragödien. Aber das hat im Westen niemand interessiert.

Der interessanteste Fakt ist jedoch, daß die Amerikaner bei der Unterstützung Izetbegovic direkt auch mit den Fundamentalisten zusammenarbeiten. Diese Connection reicht bekanntlich zurück bis zum Afghanistan-Krieg, als die CIA die Mudjaheddin beim Kampf gegen die pro-kommunistische Regierung in Kabul unterstützte. Im letzten Jahr berichtete eine gut informierte Geheimdienstquelle, die Londoner Zeitschrift *Defense and Foreign Affairs Strategic Policy*, daß Kontingente dieser Afghanistan-Mudjaheddins über Kroatien nach Mittelbosnien einsickerten — und dabei von US-Special Forces begleitet wurden.

Mittlerweile sitzen hohe US-Offiziere als Berater im Generalstab der moslemisch-kroatischen Föderation. Genau so hat es in Vietnam auch angefangen — so etwa war der Stand Anfang der 60er Jahre, und der nächste Schritt war die massive Militärintervention.

■ Aber der entscheidende Unterschied zu damals ist doch, daß heute in den USA alle Strömungen in der politischen Klasse die Entsendung von Bodentruppen ablehnen.

Der frühere Verteidigungsminister Robert McNamara hat vor kurzem ein interessantes, sehr selbstkritisches Buch über den Vietnam-Krieg veröffentlicht (Titel: „In Retrospect: The Tragedy and Lessons of Vietnam“, New York 1995). Weniger bekannt als dieses Buch ist McNamaras kürzliche Antwort auf die Frage eines Reporters, ob die Fehler von Vietnam heute wiederholt werden könnten: „Absolut. Sie könnten nicht nur, sie werden es.“ Weiter sagte er, daß „die amerikanischen Schwierigkeiten in Bosnien und Somalia ähnliche Irrtümer einschließen“.

Ihre Frage impliziert die Annahme, daß die USA damals zielstrebig auf eine Intervention hinarbeiteten und sie es heute in Bosnien nicht tun. Aber es war damals gar nicht so. Die USA wollten Anfang der 60er Jahre gar nicht intervenieren, sie wollten, daß das südvietnamesische Regime den Kampf führt, zwar insgeheim unterstützt und hochgerüstet von den USA, aber ohne US-Truppen — also exakt das, was ihnen auch heute das Liebste in bezug auf das Izetbegovic-Regime wäre. Aber die Strategie ging damals nicht auf, und sie wird vermutlich heute nicht aufgehen.

Die Parallelen sind verblüffend: Heute wie damals spielten die USA eine Schlüsselrolle bei der Installierung eines neuen Staates; es hätte kein Südvietnam gegeben, wenn die USA nicht Mitte der fünfziger Jahre die Verträge zur Schaffung eines einheitlichen Vietnams hintertrieben hätten. Und es hätte keinen Staat Bosnien-Herzegowina gegeben, wenn er nicht 1991/92 von den USA und der BRD durchgesetzt worden wäre.

Die zweite Parallele ist, daß bei diesen Staatsgründungen das Recht verletzt wurde: in den fünfziger Jahren die Genfer Vietnam-Vereinbarungen, im Falle der Sezession Bosnien-Herzegowinas sowohl die Verfassung des jugoslawischen Staatsverbandes als auch die Gesetze der jugoslawischen Teilrepublik Bosnien-Herzegowina.

Die dritte Parallele ist die Schwäche der installierten Regimes: In Südvietnam stand der Saigon Regierungsclique die starke innere Opposition des Vietminh gegenüber, in Bosnien beherrschte die Muslim-Regierung zunächst nur 20 Prozent des Territoriums. Diese Schwäche war es auch, die die Strategie zur „Vietnamisierung“ des Konflikts scheitern ließ: Saigon konnte den Krieg gar nicht allein gewinnen,

weil das Regime zu schwach war. So standen die USA irgendwann vor der Wahl, Vietnam ganz aufzugeben oder massiv zu intervenieren. Vor dieser Wahl stehen die USA in Bosnien heute auch.

■ Welches Interesse sollten die USA haben, einen moslemischen Staat auf dem Balkan zu installieren? In Vietnam war das Ziel bei der Sezession des Südens klar: ein Bollwerk gegen das Fallen der Domino-Steine zu schaffen, also das Übergreifen des Sozialismus-Kommunismus von Vietnam auf Kampuchea, Laos, Thailand usw. Aber auf dem Balkan ist ja leider keine Ausbreitung des Sozialismus-Kommunismus zu befürchten.

Die Abwehr der „komunistischen Gefahr“ war das eine. Aber dahinter standen geostrategische und ökonomische Interessen, und heute ist es nicht anders. Die Schaffung eines moslemischen Staates auf dem Balkan verhindert eine Neubegründung der jugoslawischen Föderation, die die einzige Möglichkeit gewesen ist und sein könnte, damit diese arme Weltgegend einigermaßen auf eigenen Beinen stehen kann.

Sie schafft zweitens ein Gegengewicht gegen ein mögliches Bündnis der Staaten des orthodoxen Christentums, also Griechenland, Serbien und Rußland. Vor allem aber ist sie ein Sprungbrett nach Vorder- und Mittelasien: Durch das demonstrative Eintreten für die Muslime gewinnen die USA Einfluß an der moslemischen Südflanke der GUS bzw. Rußlands, wo jetzt die zweitgrößten Erdölvorkommen der Welt erschlossen werden und von wo aus Moskau leicht destabilisiert werden kann. Schon jetzt stehen US-Militärberater in Tschetschenien und unterstützen die Rebellen.

(...)

■ Zurück zum Vergleich Vietnam — Bosnien. Vietnam war ein Trauma für die USA. Wieso sollte irgendwelche Politiker Interesse daran haben, so etwas zu wiederholen?

Das Pentagon warnt vor einer Wiederholung. Der höchste US-Militär, General Powell, hat sich wiederholt klar ablehnend geäußert. Aber auch Anfang der sechziger Jahre warnten die Experten — umsonst! Das Problem sind die hierarchischen Strukturen in der US-Administration. Es sind vielleicht 50 oder 60 Leute, die die Entscheidungen fällen. McNamara hat darauf aufmerksam gemacht, wie sehr das Entscheidungsvorbehalt dieser Leute Anfang der sechziger Jahre von Fehlinformationen und Emotionen getrübt war. Rückblickend kommt es McNamara wie ein unglaublicher Alptraum vor. Nur: Die Strukturen haben sich seither kaum geändert.

Abgesehen davon hatte das Anheizen des Krieges eine höchst positive Funktion für die USA: Die Einigung Westeuropas, ihres wichtigsten Konkurrenten, wurde gestoppt. Der Motor des Maastrichter Prozesses, die deutsch-französische Liaison, wurde zerstört, weil sich Frankreich und Deutschland auf unterschiedliche Seiten in den Bürgerkrieg einmischten, Paris eher zugunsten der Serben, Bonn rabiat dagegen. Freilich, mit dem Regierungsantritt von Chirac ist auch das anders geworden. Die Situation insgesamt ist völlig unkalkulierbar, und dennoch; nein: deswegen, versinkt Amerika immer tiefer im Schlammassel.

Sean Gervasi war 15 Jahre lang Berater der UN in New York und vertrat dort u.a. Kuwait und Libyen. Seit 1992 forscht er am Institute of International Politics and Economics in Belgrad.

Das Interview führte Jürgen Elsässer. Quelle: Junge Welt, 22. Juli 1995

NEIN ZUR NATO



-KRIEGSPOLITIK IN JUGOSLAWIEN!

Poster vom Friedensladen Heidelberg v. 3.6.1995

Österreich

Deutsche Tornados dürfen überfliegen

von Ekkehard Jänicke

Österreich wird auf offizielle Anfragen aus Bonn genehmigen, daß deutsche Tornados im Rahmen der „schnellen Eingreiftruppe“ auf dem Weg nach Ex-Jugoslawien österreichischen Luftraum durchqueren. Dies erkärt Bundeskanzler Franz Vranitzki in der Hauptnachrichtensendung des Österreichischen Fernsehens.

Das österreichische Außenministerium bestätigte auf telefonische Anfrage diese großdeutsche Kumpelnei, Außenminister Wolfgang Schüssel habe bereits mit Klaus Kinkel darüber gesprochen, daß sowohl der österreichische Luftraum als auch Bahn- und Straßenstrecken durch Österreich zum Transport von Truppen und Nachschub zur Verfügung gestellt werden sollen. Es sei nur noch eine offizielle Note der deutschen Bundesregierung nötig, um von österreichischer Seite der deutschen Bundeswehr „grünes Licht“ zu geben.

Die österreichische Antikriegsbewegung alarmiert zur Zeit über Telefonkette landesweit und in Absprache mit deutschen und italienischen Gruppen lokale Initiativen, um die Bundeswehrtransporte „mit wirksamen Blockaden würdig zu empfangen“.

Österreichische Grüne reagierten entsetzt auf Vranitzkis Ankündigung. Nach einer ersten Presseerklärung der Grünen habe Vranitzki damit die noch im Golfkrieg gezeigte Zurückhaltung aufgegeben. Damals wurden noch keinerlei Truppenbewegungen durch Österreich unter Hinweis auf die staatsvertraglich festgelegte Neutralität zugelassen und den USA „nur“ Versorgungsflüge über Österreich gestattet.

Ekkehard Jänicke, 6. Juli 1995

„Für einen Sandinismus, der sich mit den Armen verbündet“

Gespräch mit Daniel Ortega,
veröffentlicht vom Zentralamerika-Sekretariat, Zürich

Das folgende Gespräch, veröffentlicht vom Zentralamerika-Sekretariat in Zürich, führte Sergio Ferrari

■ Die internen Spaltungen verschwören sich in Lateinamerika gegen die Ansprüche der Linken, an die Macht zu kommen. Hat diese Spaltung des Sandinismus nicht etwas von einem Selbstmord?

Nein. Ich denke, daß sich im Land eine — verzeihen Sie mir, wenn der Begriff etwas undurchsichtig erscheint — Wiederherstellung der Klasseninteressen vollzieht.

Dieser komplexe Prozeß geht über die Bedeutung hinaus, die die durch einen Sektor vorangetriebene Spaltung aufweisen kann. Die Kosten dieses Prozesses werden jedoch durch neue Realitäten ausgewogen. Beispielsweise nähern sich uns Bauern an, die zuvor bei der Konterrevolution waren und den Sandinismus bekämpften. Sie merken, daß es der FSLN ist, der sie in ihrem Kampf für die Legalisierung der Eigentumstitel, für Land, für Kredite usw. unterstützt.

■ Aber verglichen mit den Leuten, die den Frente verlassen, erscheint das politische Gewicht dieser Zugänge weniger bedeutsam ...

Es herrschte dann Gefahr, wenn es die Volkssektoren wären, die den FSLN frustriert verlassen, weil wir für ihre Forderungen kein Gehör hätten. Aber ich habe nicht das Gefühl, daß es bei der Basis eine Spaltung gibt. Dies geschieht vor allem auf der Ebene der Parteispitze. Es handelt sich um einige Mitglieder der Parteileitung, einige der Asamblea Sandinista — wichtigstes Entscheidungsorgan — und besonders einige Parlamentsabgeordnete unserer Fraktion.

■ Es ist genau aus dieser Machtstruktur, dem Parlament, aus der sich die Anführer dieser Bewegung rekrutieren, die sich selber als Erneuerung definiert.

■ Zwei Probleme stoßen auf: Es hat keine ernsthafte Debatte auf politisch-ideologischem Niveau innerhalb des Sandinismus gegeben und die Positionen beider konfrontierter Lager unterscheiden sich nicht wesentlich.

Ich möchte auf zwei Konzepte hinweisen, von denen ich denke, daß sie sich sehr wohl unterscheiden, was den Inhalt angeht. Die Methoden des Kampfes und die Stellung gegenüber dem Imperialismus.

Die Erneuerer geben der parlamentarischen Debatte vor der Massenmobilisierungen den Vorrang und stellen den FSLN praktisch als Verantwortlichen und Provokateur der Aggression dar, die wir im letzten Jahrzehnt erlebten. Mit dieser Sichtweise versuchen sie, jegliche Möglichkeit des Widerstandes im Keim zu ersticken. Sie sind kompromißlerisch und sozialdemokratisch ...

Und schließlich wissen wir ja, wofür die Sozialdemokratie auf der ganzen Welt steht. Es gab und gibt sehr konkrete Erfahrungen in Frankreich und Spanien ... Ganz zu schweigen von denjenigen in Lateinamerika, wo einige Regie-



Daniel Ortega, 1984

rungen dieser Inspiration die Speerspitze waren, um den kapitalistischen Prozeß in seiner aktuellen neoliberalen Version durchzusetzen.

■ Welche politische Haltung ist für den FSLN im Moment am realistischsten und gangbar?

Wir dürfen uns nicht dem herrschenden Modell der liberalen Demokratie unterordnen. Wir dürfen dieser Vorstellung keinen Beifall zollen. Wir müssen sie zerbrechen, Alternativen suchen. Es ist wichtig, nicht zu vergessen, daß die Wahlprozesse vom Volk immer mehr in Frage gestellt werden. Die Stimmenthaltung nimmt unaufhörlich zu. Auch in den entwickelten Ländern sind es immer mehr einige Minderheiten, die sich an den Wahlen ihrer Regierungen beteiligen.

Was Nicaragua betrifft, so stellten der Kampf gegen die somozistische Diktatur oder die Verteidigung des Landes zwei stark einigende Momente dar. Jetzt geschieht nichts dergleichen; was hier ansteht, ist die Standortbestimmung jedes Sektors gegenüber der aufzubauenden wirtschaftlichen und sozialen Ordnung. Was wir während der Revolution durchsetzen konnten, wird nun von der Regierung der Rechten und von der Offensive bedroht, die die Unrechtsordnung wiederherstellen will, welche der Sandinismus umstürzen konnte.

Kurz: Das Modell, das die Volkschichten immer stärker in die Armut treibt, findet auch im sandinistischen Umfeld Anklang. Früher, im Kampf, war es leichter, die verschiedenen Sektoren zu einer Front zu vereinen ...

■ Der FSLN hat sich immer als eine Front definiert. Implizieren Ihre vorangehenden Überlegungen, daß man sich eine neue Etappe mit einem stärker klassenbewußten Sandinismus vorzustellen hat?

Es handelt sich um einen klassenbewußteren FSLN in der Hinsicht, daß wir die Einheit mit den Volkssektoren suchen. Nicht im Sinne einer aus-

schließlichen Arbeiter- und Bauernpartei, sondern von etwas viel Umfassenderem. Er soll die Armen einschließen welche die große Mehrheit der NicaraguanerInnen ausmachen.

Der FSLN verschließt denjenigen, die über wirtschaftliche Macht verfügen nicht die Türen. Und nicht alle, die wirtschaftliche Macht haben, sind zu den Erneuerern gegangen ... Obwohl stimmt, daß einige, die sich von uns trennten, sich mit den herrschenden wirtschaftlichen Kräften verbündet haben und sich dem Konzept des Managements widergesetzt.

Die Erneuerer glauben, daß es keine Alternativen gibt, und appellieren die Leute, mit Ruhe ihre Situation zu ertragen. Sie passen sich dem Konzept an, nicht um sich ihm entgegenzustellen, sondern um ihn „menschlicher“ zu gestalten. Ich glaube aber nicht, daß man den Neoliberalismus humanisieren kann.

■ Innerhalb des FSLN ist die Rolle, die er den letzten fünf Jahren gespielt hat, nicht ausdiskutiert worden. Einige Leute geben zu, daß es so etwas wie eine Co-Regierung gegeben hat.

Ist es im Hinblick auf die Zukunft vorstellbar, daß der Frente mit der Gruppe um den jetzigen Ministerpräsidenten Antonio Lacayo Bündnisse eingehen könnte, um den Wahlsieg des rechtsextremen Bürgermeisters von Managua Arnoldo Alemán zu vereiteln?

Zwischen den verschiedenen traditionellen politischen Kräften, die aktuell Regierungsequipe eingeschlossen, kennen wir keine Unterschiede betrifft der Zustimmung, die sie dem neoliberalen Modell entgegenbringen. Sie beabsichtigen nicht, innerhalb der politischen Eliten Bündnispartner zu gewinnen. Ich sehe keine Unterschiede zwischen Lacayo und Alemán.

■ Nichtsdestotrotz bezeichnet das kürzlich erschienene Wirtschaftspapier des FSLN „den privaten Produktionssektor als Hauptträger des Aufschwungs“ und anerkennt „die dominierende Rolle des Marktes“ ...

Wir schlagen vor, einen nationalen Komplex voranzutreiben. Ein Bündnis mit den traditionellen wirtschaftlichen Gruppierungen. Sowohl das traditionelle Großkapital wie die alteingesessenen Viehzüchter und Großbauern, Händler, die kleinen und mittleren Betriebe, die bereit sind, die neue Zusammensetzung der nicaraguanischen Gesellschaft zu akzeptieren, was das einzige Thema des Eigentums betrifft. Menschen, die die neue Realität und neuen wirtschaftlichen Akteure akzeptieren und die eine wirtschaftliche und soziale Einigung zu erreichen erlaubt, welche dem unaufhörlichen Druck der internationalen Finanzinstitutionen entgegengtritt.

Diese gemeinsame Front sollte sich auch auf die ganze mittelamerikanische Region ausdehnen. Damit Mittelamerika überleben kann, wird es gegenübertreten den entwickelten Ländern notwendig sein, eine tiefere Integration zu suchen und gemeinsame Vorschläge unterbreiten.

(aus CL-Netz)

Wenn Schweigen die Stimme der Wahrheit ist

Wiederzulassung von Radio Panamericana dauert an

von Andreas Salomon

In Uruguay ist eine der beliebtesten Radiostationen des Landes seit fast einem Jahr zum Schweigen verurteilt. Radio Panamericana, das „Radio der Leute“, wurde von der Regierung im Anschluß an die Berichterstattung über eine brutale Polizeirepression geschlossen. Seitdem dauert die Auseinandersetzung um die Wiederzulassung des Senders an.

Im Zusammenhang mit der Auslieferung von drei Basken, denen Mitgliedschaft in der ETA vorgeworfen wurde, kam es Ende August letzten Jahres zu Auseinandersetzungen zwischen der uruguayischen Polizei und Demonstranten. Die Basken, die jahrelang in Uruguay gelebt hatten und deren Auslieferung der spanische Staat forderte, hatten mit einem Hunger- und Durststreik begonnen, um die Übersendung nach Spanien zu verhindern. Sie befanden sich im Krankenhaus Filtro in Montevideo. Vor diesem Krankenhaus demonstrierte eine Menschenmenge gegen die Auslieferung und für das Recht auf politisches Asyl. Uruguay ist ein klassisches Einwanderungsland. Während des Zweiten Weltkrieges wurden hier viele politisch Verfolgte aufgenommen. Das Recht auf Asyl hat in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert. Die Polizei schoß mit Handfeuerwaffen und Schrotgewehren auf die Demonstrantinnen und Demonstranten. Dabei wurde mindestens ein Mensch getötet, Hunderte zum Teil schwer verletzt.

Radio Panamericana hatte zusammen mit dem Gewerkschaftsdachverband PIT-CNT zu den Protesten aufgerufen und berichtete über die Ereignisse. Direkt im Anschluß an die Repression wurden Panamericana und einer weiteren Radiostation zunächst für 24 Stunden Sendeverbot erteilt. Danach folgte der Lizenzentzug für Panamericana mit formaljuristischer Begründung (siehe Politische Berichte 18/94).

Während Anfang Mai dieses Jahres der erste der drei Basken, Mikel Ibañez, von einem spanischen Gericht freigesprochen wurde, weil in seinem Prozeß die anderen Angeklagten erklärt hatten, daß ihre Beschuldigungen gegen ihn unter Folter erpreßt waren und in Spanien immer mehr Details über die Verantwortlichkeit der PSOE-Regierung an den Morden der GAL-Todeschwadronen bekannt werden müssen in Uruguay mittlerweile sechs Journalisten mit einer Anklageerhebung wegen „öffentlichen Aufruf zu strafbaren Handlungen“ und „wissentlicher Verbreitung falscher Nachrichten“ rechnen. In seiner Begründung erklärt der zuständige Staatsanwalt Fernández Dovat, daß die „Aufrufe an die Demonstranten und Versammlungen während der Tage vom 20. bis 24. August '94 Anstiftung zu passivem Ungehorsam gegen die Autoritäten“ gewesen seien. Gegen José Mujica Cardozo, den Direktor von Radio Panamericana, soll Klage erhoben werden wegen „Komplizenhaft am Aufruhr“. Das Gericht hat den Antrag der Staatsanwaltschaft zwar zunächst mit der Bitte um ausführlichere Begründung zurückgegeben, die Klageerhebung ist aber sehr wahrscheinlich. Im Fall von Mujica Cardozo, der gleichzeitig Abgeordneter des uruguayischen Parlaments ist, soll nach Aussage der konservativen Zeitung *Observador* die Aufhebung der Immunität beantragt werden.

Die Vorwürfe gegen Radio Panamericana und gegen zwei Redakteure der Wochenzeitung *Mate Amargo* und Ju-

ventud sind Teil einer Propaganda von Regierungsseite, bei der die Opfer zu Tätern und die Täter zu Opfer gemacht werden. Während Fotos in den Wochenzeitungen *Brecha*, *Mate Amargo* und der Tageszeitung *La República* zweifelsfrei belegen, daß die Gewalt von der Polizei ausging und sich gegen Menschen richtete, die unbewaffnet waren, die sich allerdings zum Teil mit Steinwürfen zu schützen versuchten, sollen nach offizieller Darstellung die beschuldigten Journalisten zur Gewalt aufgerufen haben. Am 8. Juli veröffentlichte die eher konservative Zeitung *El Observador* ein Protokoll von Tonbandaufzeichnungen der Sendungen von Radio Panamericana kurz vor und während der Polizeirepression. Aus diesen Protokollen läßt sich zwar eine emotional aufgeheizte Stimmung erlesen, an keiner Stelle aber erfolgt ein Aufruf zur Gewalt. Im Gegenteil, die wortreichen Protokolle belegen, daß die Demon-

strantinnen und Demonstranten nach Beginn des Polizeieinsatzes mehrfach aufgerufen wurden, sich zurückzuziehen.

Der wirkliche Grund für die Schließung des Radios und die Strafandrohung gegen die uruguayischen Kollegen dürfte wohl eher auf die Tatsache zurückzuführen sein, daß Panamericana seit der Übernahme durch die ehemalige Stadtguerilla-Bewegung MLN-Tupamaros (die sich nach dem Ende der Militärdiktatur 1985 in eine legale politische Kraft umgewandelt hat) immer eine kritische und unbedeckte Stimme gewesen ist. Dieses Radio war ein Projekt, das nach Aussage der Betreiberinnen und Betreiber „allen die Mikrofone öffnen sollte, insbesondere denen, die sonst keine Stimme haben“. Die Programme wurden in enger Zusammenarbeit mit sozialen Organisationen gestaltet, die Hörerinnen und Hörer hatten bei den meisten Sendungen die Möglich-

keit, per Telefon ihrer Meinung mitzuzeigen, die unzensiert gesendet wurde. Diese partizipative Programmgestaltung, insbesondere die Tatsache, daß das Radio von seinen Betreibern nicht als Sprachrohr einer bestimmten vorgegebenen Parteipolitik genutzt wurde, sondern für einen sehr lebendigen engagierten Journalismus offen war, dürfte der Grund für die Beliebtheit von Panamericana gewesen sein. Obwohl der Sender nur in Mono empfangen werden konnte, wurde er nach einer staatlichen Umfrage im Oktober 1992 in den Morgenstunden von ca. 40 % der Haushalte, die zu dieser Zeit Radio empfangen haben, gehört.

Die derzeitige Regierungskoalition aus den beiden konservativen Parteien Colorados und Blancos dürfte aus guten Gründen sehr daran interessiert sein, daß Panamericana nicht mehr sendet. Mit Unterstützung dieses Senders wurden unter anderem zwei Volksentscheide organisiert. Einer dieser Volksentscheide richtete sich gegen ein Gesetz, das während der Militärdiktatur begangene Verbrechen von der Strafverfolgung ausgeschlossen hat. Der zweite verhinderte die Privatisierung bislang staatlicher Unternehmen mit großer Mehrheit. Über Streikaktionen und Betriebsbesetzungen wurde von Panamericana ausführlich berichtet. Dabei wurden regelmäßig Sammlungen von Lebensmitteln und Geldspenden für die Streikenden organisiert.

Für die Rückgabe der Sendelizenz von Panamericana hat es in Montevideo zahlreiche Demonstrationen gegeben. Auf einer Veranstaltung im März sprachen sich der ehemalige Bürgermeister von Montevideo und Präsidentschaftskandidat des linksliberalen Parteibündnisses Encuentro Progressista, Dr. Tabaré Vázquez, der Chefredakteur der größten Tageszeitung des Landes, *La República*, Fasano, und verschiedene Parlamentarier für eine Wiederzulassung aus. Die Schließung des Senders hat in Uruguay eine heftige Debatte über die Pressefreiheit ausgelöst. Die Zulassung von Radiosendern untersteht der Autorität des Militärs und wird immer noch mit Gesetzen aus der Zeit der Militärdiktatur geregelt.

Die Bewohner mehrerer Stadtteile in Montevideo haben regelmäßige Freiluftsendungen organisiert, die mit Lautsprechern auf öffentlichen Plätzen übertragen wurden. Vier Sendungen sind vorläufig in die Programme anderer Radios aufgenommen worden. Einige Sendungen werden weiter produziert und in Form von Tonbändern weitergegeben. Die Beschäftigten von Panamericana, Journalist/innen und technisches Personal, insgesamt 40 Personen, haben bisher die Hoffnung, ihren Sender wieder in Betrieb nehmen zu können oder aber eine Radiofrequenz zu erwerben, nicht aufgegeben. Sie wollen zunächst abwarten, ob es zu einem Gerichtsverfahren gegen die beschuldigten Kollegen kommt. Offensichtlich richtet sich die Kampagne von Regierungsseite nicht nur gegen einen Radiosender, sondern beabsichtigt, die gesamte kritische Presse des Landes einzuschüchtern.

Andreas Salomon

„Radio der Leute“

„Radio Panamericana de la gente“ — Namen sind Schall und Rauch

Der vertraute Name bleibt, obwohl das „Radio der Leute“ nicht mehr senden darf

von Monika Landau

Der Name des Radios „Panamericana“ ist fest an die Frequenzen gebunden. Der neue Frequenzbesitzer, ein Freund des ehemaligen Präsidenten, hat den Sendebetrieb noch nicht aufgenommen. Es fehlt ihm an Kooperationspartnern. Selbst diejenigen, die sich zuvor mit Radio Panamericana nicht identifizierten, finden die Schließung des Radios nicht in Ordnung.

Es sind vermehrt illegale Stadtteilradios entstanden. Dies ist eine relativ neue Entwicklung in Uruguay, ein Land, in dem Frequenzen nach wie vor vom Verteidigungsministerium vergeben werden.

In einer jüngsten Umfrage antwortete manch einer auf die Frage, „welches Radioprogramm hören Sie?“ trotzig „Ich höre Radio Panamericana“, obwohl kein Sendebetrieb stattfindet. So hat das „Radio de la gente“ also noch immer Hörerinnen und Hörer. Es stellt sich die Frage, ob nun die Statistik nicht hält, was sie verspricht, oder der gesunde Zorn die Antwort diktiert.

Die Forderung nach einer neuen Frequenz besteht nach wie vor, und der Solidaritätsfonds „Demokratische Medien in der Welt“ sammelt auch weiterhin Gelder, um die Realisierung eines neuen Radioprojekts „de la gente“ zu unterstützen.

Es handelt sich bei der Vergabe oder Nichtvergabe einer neuen Frequenz um eine politische Entscheidung. Der jetzige Präsident Sanguinetti (Colerdados) verurteilte die Schließung des Senders, nimmt jedoch Rücksicht auf den Koalitionspartner (Blancos) und hält sich in Schweigen. Die ehemaligen Vermieter der Redaktionsräume haben sich bereit erklärt, neue, größere Räume

in Montevideo für ein Jahr mietfrei zur Verfügung zu stellen. Die entsprechende Infrastruktur für ein neues altes „Radio de la gente“ wäre also gegeben.

Bis Mai waren die Räume des Radios von ehemaligen Mitarbeiterinnen und Unterstützern besetzt. Viele Aktionen wie Solidaritätskonzerte und Kundgebungen vor dem Radio machten immer wieder auf die Situation aufmerksam. Auch auf der 1. Mai-Kundgebung war die Schließung des Senders ein wichtiges Thema.

Momentan werden bei Radio CX 36, ein befreundetes Radio, welches ebenfalls landesweit auf Mittelwelle sendet, Programm von Radio Panamericana de la gente übernommen. Für die Sendung „Vamos Mujer“, eine bekannte und beliebte Frauensendung, gibt es Überlegungen, ob Sendezzeit beim Radio National (Radio 30) eingekauft werden soll bzw. kann.

Grund für die Schließung war die Live-Berichterstattung über die Vorfälle und Übergriffe der Polizeikräfte bei der Demo gegen die Abschiebung von drei angeblichen ETA-Mitgliedern an Spanien. Einer der damals ausgelieferten Basken ist zwischenzeitlich wieder zurück in Montevideo. Bis auf einen befinden sich alle Verhafteten wieder in Freiheit.

Nach Informationen aus gut unterrichteten Kreisen in Montevideo sitzt der spanische Kommissar, der damals nach Uruguay kam, um die die Haftbefehle durchzusetzen, heute wegen des Vorwurfs der Beteiligung an Mord- und Folteraktionen der illegalen spanischen Antiterroreinheit (GAL) selbst in Haft.

Monika Landau, 21.7.95

Radio Panamericana wird vom Solidaritätsfonds „Demokratische Medien in der Welt“ e.V. unterstützt. Ökobank Frankfurt, Kto Nr. 10002800, BLZ 50090100, Stichwort Radio Panamericana

Familien in Kirchenasyl finden immer mehr Unterstützung

Die Unterstützerkreise der beiden im Kirchenasyl lebenden Familien in Augsburg unternehmen viel, um für die von ihnen beschützten Menschen doch noch eine legale Aufenthaltsmöglichkeit in Deutschland zu schaffen.

Vor der Behandlung des „Falles Simsek“ im Petitionsausschuß wurden alle Unterstützer mit Material versorgt und aufgefordert, die Abgeordneten des Ausschusses um eine positive Entscheidung zu bitten. Viele haben sich hier engagiert. 5000 Unterschriften kamen zusammen. Eine Demonstration am 6. Juli zur Unterstützung insbesondere der von Abschiebung bedrohten assyrischen Christen wurde in Augsburg von ca. 1000 Teilnehmern getragen.

Auf der Demonstration haben Teilnehmer und Redner in Flugblättern, auf Transparenten und in Ansprachen der CSU das Recht abgesprochen, sich „christlich-soziale“ Partei zu titulieren, da sie sich mit den Entscheidungen gegen das Recht auf Asyl, gegen die Rechtsprechung und besonders gegen christliche Werte vergangen hätte.

Im Petitionsausschuß hatten zuvor alle CSUler einen Antrag von SPD und Grünen, Fariz Simsek und seiner Familie ein zeitlich begrenztes Bleiberecht zu gewähren, abgelehnt. Nun wollen die beiden Parteien den „Fall Simsek“ am 20. Juli in den Landtag bringen.

Die Unterstützer gehen davon aus, daß auch dort die Entscheidung, wie gehabt, gegen die Familie Simsek fallen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, den Fraktionszwang der CSU zu durchbrechen.

Entsprechend wurde allen CSU-Abgeordneten noch einmal Informationsmaterial zugeschickt, persönliche Gespräche werden gesucht und die in der letzten Woche gesammelten 5000 Unterschriften dem Landtag vorgelegt.

Bei einem Pressegespräch am 13. Juli wies der Unterstützerkreis der Gemeinde St. Raphael ausdrücklich darauf hin, daß der CSU-Ortsverband Steppach sie auch weiterhin unterstützen würde. Es sei also deutlich, daß es Parteimitglieder gibt, die sich menschlichen Argu-

menten nicht verschließen, insbesondere wenn Wählerverluste drohen.

Die gerade jetzt in die öffentliche Diskussion gebrachte „Idee“ von Beckstein, Kirchenkontingente für abgelehnte Asylbewerber zu schaffen, wird als Zeichen dafür angesehen, daß sich die CSU in Zugzwang fühlt, mal „Positives“ zum Thema Asyl von sich zu geben. Wobei die Freunde der Familie Simsek als erstes aus dem Innenministerium zu hören bekamen, daß Menschen wie Fariz Simsek von einer solchen Regelung nie und nimmer betroffen sein würden. Unabhängig von dieser Äußerung haben sie, wie ja auch etliche Kirchenfunktionäre, Becksteins Vorschlag mit sehr großer Skepsis beurteilt.

Türkei den Rücken stärken

Ob es gelingt, CSUler im Landtag für die Familie Simsek zu gewinnen, bleibt zu bezweifeln. Ein Teil dieser Menschen war mit dem Petitionsausschuß in diesem Frühjahr in der Türkei. Sie haben, obwohl ihnen Politiker, Menschenrechtsverteiler usw. anderes berichtet haben, bei ihrer Rückkehr erklärt, es gäbe in der Türkei keine Gruppenverfolgung, es gäbe eine Fluchtaufnahme für Kurden in den Westen der Türkei, und Folter und Menschenrechtsverletzungen fänden nicht systematisch statt, sondern seien Einzelfälle. Natürlich wissen auch die Abgeordneten der CSU, daß dem nicht so ist.

Sie entscheiden aber so, weil die Linie ihrer Partei wie auch der Parteien von Kohl, Rühe und Kinkel die ist, daß die Türkei um jeden Preis unterstützt werden muß.

Auch wenn deren Kampf gegen die Kurden und andere Gegner immer mehr Menschenopfer fordert; die Versprechen der Regierung Ciller, für Verbesserungen der Menschenrechtslage zu sorgen, zur reinen Farce werden; der Weltöffentlichkeit immer deutlicher wird, daß in diesem Land nur das Militär regiert; auch wenn der Krieg für die Tür-

kei immer teurer wird, die Verschuldung beim Internationalen Währungsfonds immens ansteigt; auch wenn inzwischen der zweite völkerrechtswidrige Überfall der Türkei auf irakisches-kurdisches Gebiet stattgefunden hat.

Das Ziel der Türkei, die Märkte des Nahen und des Mittleren Ostens und vor allem die angrenzenden Gebiete der ehemaligen UdSSR für die großen Imperien des Westens zu öffnen, dieses Ziel ist es, für das auch die Politiker von CSU/CDU/FDP in der Bundesrepublik alle Schranken einreißen wollen.

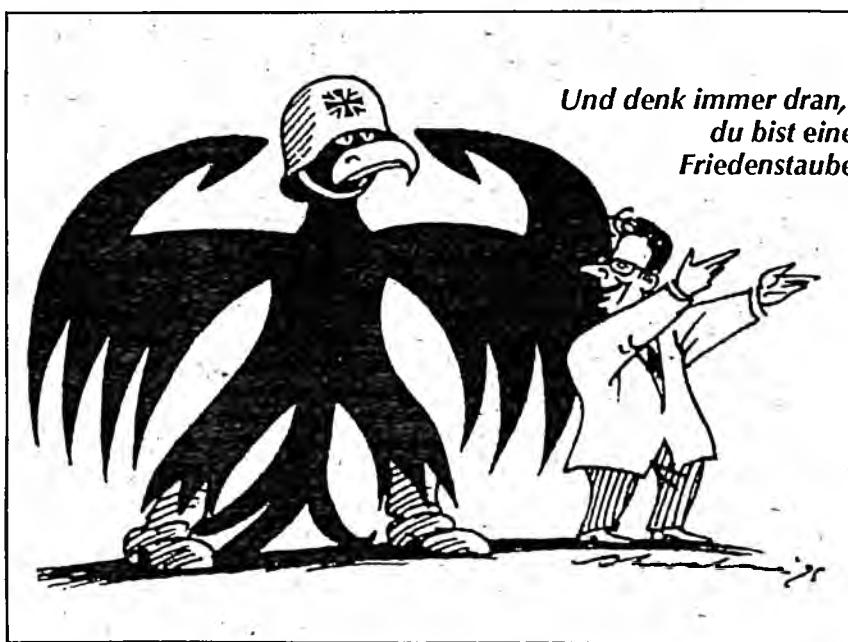
— (jol)

Nachtrag: Mit den Stimmen der CSU-Mehrheit hat der bayerische Landtag am 20.7. die Petition auf Bleiberecht abgelehnt. Am selben Tag noch tauchte Polizei vor der Kirche der katholischen Pfarrei Sankt Raffael in Steppach bei Augsburg auf, wo die Familie Fariz Simseks in Kirchenasyl lebt. 15 Polizisten in Zivil postierten sich vor dem

Kurdenprotest, Hungerstreik und Vereinsschließung

Aus Protest gegen die Durchsuchung von 91 Wohnungen und die Festnahme mehrerer Kurden am 27. Juni im Rhein/Main-Gebiet traten ab dem 4. Juli die betroffenen Familien und die kurdischen Vertreter in den Ausländerbeiräten in einen unbefristeten Hungerstreik. Ebenfalls als Zeichen des Protests gegen diese „Einschüchterungsversuche“, wie es in einer Erklärung der „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland“ (YEK-KOM) heißt, wurden bundesweit die kurdischen Vereine für eine Woche geschlossen. — (rac)

Gebäude, angeblich gebe es Hinweise darauf, daß die Familie das Kirchenasyl verlassen wolle. Ein Sprecher des bayerischen Innenministeriums versicherte, die Polizei werde nicht in die Räume eindringen. Die Polizei in Augsburg begründete ihre Anwesenheit damit, es gebe Hinweise darauf, daß die untergetauchte Fariz seine Familie besuchen wolle. — (Red.)



Köln. Am Tag der Verlegung der Bundeswehr-Tornados nach Piacenza zur Vorbereitung auf ihren Einsatz in Bosnien führte das Aktionsbündnis gegen den Bundeswehreinsatz in Ex-Jugoslawien und gegen die Militarisierung deutscher Politik einen Aktionstag durch. Insgesamt 10 Informationstische wurden in Stadtteilen errichtet und einige tausend Flugblätter verteilt. Auffällig: Vor allem ältere Frauen unterstützten die Aktion gegen den Bundeswehreinsatz. — (jöd)

Ursachenforschung auf Pestizide konzentrieren

Pinneberg. Ende Juni gründeten von den 50 erschienenen TeilnehmerInnen 35 im Cafe Voßloch in Bokholt-Hanredder die „Bürgerinitiative Krebs Pinneberg“. Als SprecherInnen wurde Carola Voß, Mutter der an Leukämie erkrankten 4jährigen Charleen, und Werner Dressler, selbst an Lymphdrüsenerkrankung, gewählt. Die Bürgerinitiative möchte darauf drängen, daß die Ursachenforschung vorangetrieben wird. Und hier das Augenmerk auf die in den Baumschulen verwendeten Pestizide geworfen wird. Zur Begründung wird angeführt, daß der Kreis Pinneberg als größtes geschlossenes Baumschulgebiet besonders stark betroffen sei.

Und um die Interessen der Betroffenen bei anstehenden Entscheidungen auf politischer und Verwaltungsebene berücksichtigt zu sehen, fordert die BI eine stimmberechtigte Beteiligung an allen Gremien und Arbeitsgruppen. In dieser Frage hat es zwischenzeitlich ein bißchen Bewegung gegeben. Nachdem die Grünen den Vorschlag für die Beteiligung der BI an einer Arbeitsgruppe im Altestenrat gemacht hatten, dieses The-

ma aber auf Drängen von CDU und SP vertagt wurde, spricht sich die SPD nun öffentlich für eine „Leukämie-Arbeitsgruppe“ aus, an der Mitglieder der FDP und Politiker mitwirken sollen.

In der Frage, die Benutzung der Pestizide in den Baumschulen bis zur Klärung der Ursachen für die Krebskrankungen einzustellen, wird die BI wenig Erfolg haben. Verbandsvertreter der Bundes Deutscher Baumschulen (BDF) wehren sich und äußern sich dahingehend, daß die von ihnen eingesetzten Pflanzenschutzmittel unschuldig den vielen Leukämie-Erkrankungen im Kreisgebiet seien.

Der Einsatz ökologischer Mittel soll Fortschritte machen. Aber solange die Chemiekonzerne die Produktion ihrer Giftcocktails und deren Anwendung auch von der Politik genehmigt bekommen, wird es hier keine sichtlichen Fortschritte und Veränderungen geben. — (S.P., Elmshorner Gegensätze)

„Sie müßten sofort auf freien Fuß gesetzt werden!“

Mannheim. Am 6. Juli verurteilte das Landgericht Mannheim zwei der angeklagten Kurdinnen und einen Kur-

MÜNCHEN**Polizeibeamte foltern Jugendlichen**

Der ungeheuerliche Vorfall ereignete sich am Sonntag, 2. Juli 95. Der türkische Staatsangehörige Kartal Atalay (17 Jahre) wurde um 12 Uhr mittags in Ramersdorf unter dem Verdacht, leere Bierträger geklaut zu haben, verhaftet.

Mit Handschellen gefesselt, wurde er von zwei Zivilpolizisten auf die Polizeistation 13 in Schwabing gebracht und dort brutal mißhandelt. Der mit Handschellen gefesselte Kartal Atalay wurde während mehrstündiger Verhöre auf brutale Weise zusammengeschlagen. An der Gewaltorgie waren die beiden Zivilpolizisten und Beamte des Schwabinger Polizeireviers — zeitweise bis zu sechs Polizeibeamte — beteiligt. Kartal Atalay versuchte, sich zu wehren, und biß einem der beteiligten Polizisten in den Finger. Sowohl die Kontaktaufnahme

mit seinem Vater als auch die Verständigung eines Rechtsanwalts wurde Kartal Atalay verweigert.

Die Polizisten schlugen ihn mit Fäusten ins Gesicht, traktierten ihn mit Fußtritten, nahmen ihm seinen Ledergürtel ab und droschen mit diesem Gürtel auf ihn ein, bis er bewußtlos wurde. Kartal Atalay hat am ganzen Körper deutlich sichtbare Verletzungen; am Kopf, an der Schulter, den Armen und am Rücken sowie eine Verstauchung und Prellung am Bein.

Der Vater von Kartal Atalay wird Strafanzeige erstatten und Klage erheben. Das Münchner Bündnis gegen Rassismus hat ebenfalls Strafanzeige erstattet. Wir erheben den Vorwurf der Folter durch deutsche Polizeibeamte. — *Münchener Bündnis gegen Rassismus, gekürzte Erklärung*

HAMBURG**Die Propaganda zeigt Wirkung**

In Hamburg fand am 21.7. eine Kundgebung unter dem Motto „Schützt die Schutzzonen“ statt, die sich für ein bewaffnetes Eingreifen deutscher Truppen in Bosnien-Herzegowina aussprach.

Neben Freimut Duve, SPD, und Martin Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen, die sich schon in der Vergangenheit als Interventionsbefürworter hervortaten, hatten auch die Vorsitzenden einiger Hamburger Einzelgewerkschaften und des DGB den Demoaufruf unterstützt.

Die seit Wochen laufende einseitige Medienberichterstattung, mit der eine Kriegspartei als Buhmann aufgebaut wird und mit der das massivere militärische Eingreifen der europäischen Großmächte und der USA auf Seiten der bosnischen und kroatischen Regierung in den Krieg psychologisch vorbereitet werden soll, scheint zu funktionieren. Um dem entgegenzuwirken, hatten verschiedene Gruppen auf die Kundgebung orientiert, um ihren Protest gegen die Kriegstreiber deutlich zu machen, darunter die PDS Hamburg, die AG-J und die SDAJ. Sie stießen auf wenig Gegenliebe bei den 300 Kundgebungsteilneh-

mern, die ihre militante Kriegsbefürwortung auch praktisch manifestierten, indem sie die Gegner tötlich angingen.

In verschiedenen Flugblättern wurde von den KriegsgegnerInnen auf die eskalierende Rolle der deutschen Regierung hingewiesen. Durch die Unterstützung ethnisch-nationalistischer Regierungen heizt(e) sie den Krieg an und ist damit eines der Hindernisse für seine Beendigung. Einen Ausweg aus dem Krieg kann nur die Unterstützung der Antikriegskräfte aller Seiten weisen, wozu zum Beispiel die Aufnahme von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen in der BRD gehören würde.

Ein wichtiger Punkt ist auch, sich an der Einteilung der jugoslawischen Menschen in Ethnien, wie sie von allen kriegsführenden Seiten betrieben wird und die von der Bundesregierung massiv gefördert wird, nicht zu beteiligen, denn sie dient der ideologischen Kriegsabsicherung. Solange sich die Menschen nicht über die künstlichen Grenzen hinweg gegen die Kriegsparteien verbünden, wird der Krieg schwerlich zu beenden sein. — (Markus Gunkel)

zu zwei Jahren und sechs Monaten, zu zwei Jahren und acht Monaten sowie zu drei Jahren Haft ohne Bewährung. Eine Frau wurde zu zwei Jahren mit Bewährung verurteilt und konnte den Gerichtssaal nach über neun Monaten Untersuchungshaft als freie Frau verlassen.

Die Angeklagten hatten sich bekanntlich am 26.9.94 an einem kurdischen Frauenmarsch nach Straßburg beteiligen wollen. Der Marsch war kurzfristig verboten worden. Die Angeklagten konnten im Laufe der Verhandlung ihre friedlichen Absichten deutlich machen. Sie gingen davon aus, daß der Marsch erlaubt sei. Stattdessen wurde die 200-Personen-Demonstration von fast 1000 schwerbewaffneten Polizisten gewaltsam aufgelöst.

Bei der anschließenden Eskalation wurde vereinzelt Benzin in geringen Mengen verspritzt. Die Angeklagten konnten überzeugend darlegen, daß sie keine Menschen gefährden wollten und in Panik gehandelt haben.

Die Angeklagten haben eine beeindruckende Biografie. Eine der Angeklagten z.B. wurde in türkischen Gefängnissen aus politischen Gründen so schwer mißhandelt, daß sie noch immer

unter den körperlichen Schäden leidet. Sie mußte auch die Erschießung ihres Bruders miterleben.

Allen Angeklagten mußte der Richter „altruistische“, also uneigennützige Motive bescheinigen. Trotzdem kam das Gericht zu diesen hohen Strafen. Die Strafkammer, bis auf den ausgeweichselten Orlet identisch mit der „Orlet-Kammer“, war bemüht, nicht wieder in die Schlagzeilen zu kommen. Das Urteil liegt im Trend der bundesdeutschen Kurdenpolitik. — (scr)

Auch in diesem Jahr: Mahnwache für Kemal C.

Essen. Auch in diesem Jahr fand am 30.6. an der Berliner Brücke wieder eine Mahnwache für Kemal C. statt. Am 6. Todestag des 13-jährigen, von der Polizei von hinten erschossenen Jungen legten dort rund 40 Personen einen Kranz nieder.

Derzeit befaßt sich das Oberlandesgericht Hamm in einem Zivilverfahren mit den Umständen von Kemals Tod. Anlaß ist ein Revisionsantrag des Landesinnenministeriums gegen das Urteil des Essener Landgerichts, das der Polizei erstmals eine Mitschuld zuschrieb.

LEUGNUNG DES HOLOCAUST**Prozeß gegen Revisionisten**

Zu 14 Monaten Haft ohne Bewährung ist der 30jährige Chemiker Germar Scheerer vom Stuttgarter Landgericht verurteilt worden. Bevor er letztes Jahr geheiratet und den Namen seiner Frau angenommen hat, hieß er Rudolf. Ihm war Aufstachelung zum Rassenhass und Volksverhetzung vorgeworfen worden.

Er stellt sich selbst gern als Intellektuellen und „Einser-Kandidaten“ beim Studium vor. Überhaupt ist ihm nicht ganz klar, wie er in die Geschichte reingerutscht ist. Angeklagt ist Germar Scheerer, wie er seit seiner Heirat vor einigen Monaten heißt, wegen eines Deliktes, das er noch unter seinem alten Namen Rudolf begangen hat. Er hatte damals das Briefpapier seines einstigen Arbeitgebers, des Max-Planck-Instituts, benutzt, um ein Gutachten bei einem chemischen Institut zu bestellen. Er ließ von den Chemikern Steinproben, die er während eines Aufenthaltes in Auschwitz dort entwendet hatte, auf Blausäureverbindungen untersuchen. Sofort nach Bekanntwerden trennte sich das Max-Plank-Institut von Scheerer, und die Universität Stuttgart hat seine im Juli 1993 eingereichte Doktorarbeit bis heute nicht angenommen.

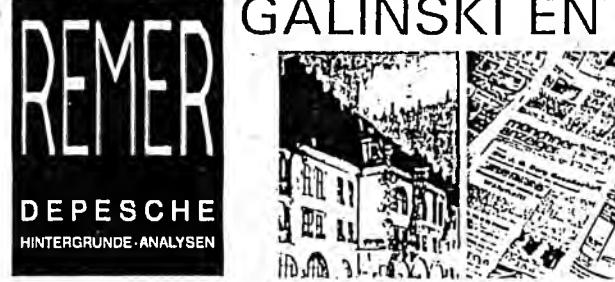
Die „Erkenntnisse“, die der angehende Chemiker gewann, hat er in einem „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz“ zu Papier gebracht und mittlerweile in einer dritten Auflage verbreitet. In dieser Schrift kommt Rudolf zu dem Schluß, daß die „bezeugten Massenvergasungen mit Blausäure in den angeblichen Gaskammern in Auschwitz nicht

stattgefunden haben“. Scheerer stellt sich damit in eine Reihe mit Alt- und Neonazis, die seit langem den Holocaust leugnen.

Obwohl Scheerer vor Gericht versucht hat, den Anschein eines Unwissenden zu erwecken, spricht einiges dagegen. Die dritte Auflage seines „Gutachtens“ war an verschiedene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. an die Oberlandesgerichtspräsidenten, die Generalstaatsanwaltschaften, die Fraktionen der Grünen und PDS, einzelne Bundestagsabgeordnete und verschiedene Professoren für anorganische Chemie verschickt worden. Versehen war die Post mit einem begleitenden Vor- und Nachwort des Altnazis Otto Ernst Remer. Scheerers Verteidiger, der durch viele Neonazi-Prozesse bekannte Anwalt Günter Herzogenrath-Ameling, behauptet, sein Mandant habe weder von Remers Begleitschreiben noch von dessen Postaktion etwas gewußt.

Auftraggeber für das Gutachten war der Rechtsanwalt Hajo Hermann, der Remer vertritt und die Schrift zu dessen Verteidigung nehmen wollte. Außerdem mußte Scheerer zugeben, mindestens zweimal Remer getroffen zu haben. Im Februar 1991 besuchte er ihn in seiner Wohnung, und auch nach dem Besuch in Auschwitz ist er, wie er vor Gericht aussagte, „kurz bei Remer vorbeigesprungen“.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, daß Scheerer schon länger zu den Rechten gehört. Im Impressum der *Jungen Freiheit* war er beispielsweise 1989 als verantwortlicher Redakteur verzeichnet. — (JK.)

ENDLICH: GASKAMMERN IN DER DISKUSS.**GALINSKI ENT LARV1**

Nachdem das von dem Auschwitzmuseumdirektor, Dr. Francineper, in Auftrag gegebene Gutachten zusammenhang mit Gifgas überprüft wurde, bestätigte es die Leuchtturcharbeiten bestätigt, beginnen die Diskussionen in den Medien ob es die Gaskammern in deutscher Konzentrationslager wirklich geben hat. Das leuchtende Gutachten kommt nämlich zu dem Schluß, es Gaskammern zur Tötung Menschen in Auschwitz, Birkenau und Majdanek nie gegeben. Galinski kam in Erklärung: „Bis jetzt ist der Schock groß.“

Nachdem ein Gütetermin keine Eingang brachte, sollen bei einer mündlichen Verhandlung am 29.9. die beiden Polizisten, die die Todesschüsse abgaben, und der Gerichtsmediziner Prof. Sellier gehört werden. — (wof)

Landesarbeitsamt veröffentlichte Pendler-Atlas

Frankfurt. Das Landesarbeitsamt veröffentlichte kürzlich einen Atlas zur „regionalen Mobilität der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Hessen 1991-94“. Der Broschüre läßt sich entnehmen, daß letztes Jahr ca. 58 % aller (sozialversicherungspflichtig) Beschäftigten in Frankfurt (etwa 475 Tsd.) nicht in der Stadt wohnen. Von den Pendlern kommen 63 % aus den umliegenden Gemeinden, 16 % aus anderen hessischen Gemeinden und 20 % von außerhalb Hessens. Von den 285 Tsd. Einpendlern waren 36 % Frauen. Im Berichtszeitraum nahm die Gesamtanzahl der Arbeitsplätze um fast 20 Tsd. (3,9 %) ab, die Anzahl der Pendler dagegen nur um 2 %. Während die Zahl der Pendler ohne Berufsabschluß um 4,6 % zurückging, hat sich die Zahl der Pendler mit Berufsabschluß um 1,5 % bzw. um 11,4 % (akade-

mische Ausbildung) sogar erhöht.

ArbeitnehmerInnen ohne deutschen Paß verdienten im statistischen Jahresdurchschnitt 25 % weniger als deutsche Beschäftigte. — (ola)

Gleichstellung aller Lebensweisen!

Köln. Wie erwartet lockte der diesjährige Christopher-Street-Day (CSD) in Köln noch mehr Besucher an als im letzten Jahr. 70000 Lesben, Schwule, Heteros, Alt und Jung zählte man an den drei Tagen, darunter auch viele aus dem Ruhrgebiet und aus Essen — man sah es in den Zügen. Die Parade am Sonntag war diesmal noch länger und „prächtiger“. Köln wurde seinem Lesben- und Schwulen-Hauptstadtcharakter Europas gerecht. 70000 forderten die Gleichstellung aller Lebensweisen und Lebensgemeinschaften. Auch Kölns Oberbürgermeister suchte dieses Jahr keine Ausrede, um nicht auf dem CSD sprechen zu müssen. Neben ihm sprachen auch Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen) und Christina Schenk (PDS).

— (G.J., Lokalberichte Essen und Köln)

Die „rot-grüne“ Koalition in NRW ist unter Dach und Fach. Rau wurde vom nordrhein-westfälischen Landtag wieder zum Ministerpräsidenten gewählt. Die Grünen stellen die Umweltministerin und den Wohnungsbau minister, aus der SPD sind mehrere als eher links geltende Befürworter von Rot-Grün ins Kabinett berufen worden. Unterschiede zur alten Landesregierung sind deutlich, und Rau stellte fest, daß die in NRW seit 15 Jahren mit absoluter Mehrheit regierende SPD nicht so weitermachen kann wie bisher.

Mehrfaßt sah es so aus, als ob die Koalitionsverhandlungen scheitern werden. Die Energie- und Chemiekonzerne sowie die Industrie- und Handelskammern (IHK) machten Front gegen „Rot-Grün“. Das RWE bezahlte die Busse zu den Kundgebungen der IG Bergbau für den geplanten Braunkohleabbau Garzweiler II und sorgte gleich auch noch für die Verpflegung der Teilnehmer.

Die Hoffnungen der CDU, vor diesem Hintergrund doch noch mit der SPD ins reine zu kommen, scheiterten jedoch kläglich. In der SPD gibt es doch gar nicht so wenige, die auf Grundlage kommunaler Erfahrungen auch schon vor der Wahl für neue Ansätze einer Reformpolitik gemeinsam mit den Grünen eintraten. Aus den Gewerkschaften ÖTV, HBV und IG Metall wurde dies unterstützt. Gleichzeitig wollten die Grünen unbedingt in die Landesregierung. Auch die Kritik, die es aus ihren eigenen Reihen, aus Initiativen und Umweltverbänden wie dem BUND an der Zustimmung der Grünen zur Koalitionsvereinbarung gibt, sieht letztlich keine Alternative zur „rot-grünen“ Landesregierung.

Die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung oder auch die Hinnahme wechselnder Mehrheiten hätten solche Alternativen sein können. Die Gefahr, daß die SPD dann zur CDU schwenkt, war jedoch groß. Dennoch muß sich die Koalitionsvereinbarung nicht nur daran messen lassen, ob Schlimmeres verhindert werden konnte, wie es auch Barbara Steffens von den Grünen feststellte (siehe letzte Ausgabe der *Politischen Berichte*). Maßstab der linken Opposition sollte es sein, inwieweit die Koalitionsvereinbarung Spielräume für den Widerstand läßt.

Um es vorwegzunehmen: Auch wenn die Vereinbarung gerade bei so umstrittenen Themen wie Garzweiler II sehr verschiedene Interpretationen ermöglicht, läßt die Vereinbarung solche Spielräume durchaus. Das wird an den im folgenden dargestellten Abschnitten deutlich. Es kommt darauf an, diese Ansätze zu nutzen, ohne auf weitergehende Kritik zu verzichten. Dabei ist abzusehen, daß in vielen Punkten erheblicher Druck erforderlich ist.

Wirtschaftspolitik

198 Seiten umfaßt die Koalitionsvereinbarung. Der ehemalige SPD-Fraktionschef Farthmann, der in der SPD die rechte Kritik an der Koalitionsvereinbarung anführte, prägte die Floskel, in ihren „Überschriften“ hätten sich die Sozialdemokraten durchgesetzt, im „Kleingedruckten“ die Grünen. So ganz unrecht hat er damit nicht, wenn man sich den Schwerpunkt „Wirtschaft, Medien, Energie“ ansieht.

„Die nordrhein-westfälischen Unternehmen befinden sich in einem scharfen internationalen Wettbewerb. Es bleibt ein zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik der Landesregierung ..., Rahmenbedingungen zu setzen und zu erhalten, in diesem Wettbewerb zu bestehen“, heißt es darin. Diese Aussage könnte auch in einem Koalitionsprogramm der CDU stehen und unterstellt die Landespolitik den Profitinteressen der

Konzerne, die in Größenordnungen des Weltmarktes denken und handeln.

Die Festlegung auf das Ziel „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ setzt der Förderung des „Standortes NRW“ kaum Schranken. Die Kampagne der IG Bergbau, aber auch der IG Chemie gegen Rot-Grün lebte gerade von der Behauptung, daß Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen untrennbar zusammenhängen, obwohl die brutalen Rationalisierungsfeldzüge von Ruhrkohle, RWE, Thyssen, Krupp, Opel usw. das Gegenteil belegen. Die Ziele „ökologische Erneuerung“, „soziale Gerechtigkeit“ und Überwindung der Benachteiligung von Frauen, die als Grundsätze von Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung auftauchen, bleiben allgemein. Einige konkretere Absichten, wie die Förderung „neuer Technologien“ sind direkt vom Wunschkatalog übernommen.

Vor allem im „Kleingedruckten“ des Abschnittes „Regionalisierte Strukturpolitik“ enthält die Koalitionsvereinbarung jedoch andere Ansätze. So sollen z.B. Initiativen unterstützt werden, die dem Konzept der Kreislaufwirtschaft dienen. Gefordert wird die Integration von Arbeiten, Wohnen und Städteplanung, um „umweltfreundlicher zu produzieren“ und „Verkehr zu vermeiden“. Die Sparkassen sollen als Instrumente der Strukturpolitik genutzt werden. Erkennbar sind schwache Elemente einer bedarfsorientierten Wirtschaftstätigkeit „von unten“, durch Kommunen oder genossenschaftliche Projekte. Und mancher Grund-

den Koalitionspartnern angestrebte „Modernisierung“ der Landesverwaltung stoßen schon jetzt nicht auf ungeeilten Beifall: Die Folge ist weiterer Stellenabbau, gegen den sich ÖTV und DGB ausgesprochen haben.

Die Lyrik vom „sozialen Gewissen“ ist jedoch ausdrücklich als Abgrenzung zur Bundesregierung gemeint, und die Koalitionsvereinbarung unterscheidet sich in vielen Punkten tatsächlich von der konservativ-liberalen Sozialpolitik. So legt sich die neue Regierungskoalition in NRW auf die Einführung eines Systems sozialer Grundsicherung fest. Seine Ausgestaltung läßt die Vereinbarung allerdings offen. Bis 1997/98 sollen „konzeptionelle Eckpunkte“ erarbeitet, anschließend entsprechende Initiativen auf Bundesebene gestartet werden. In punkto Sozialhilfe tritt die Koalition für den Erhalt des Bedarfsdeklusionsprinzips ein.

Bei der Arbeitsmarktpolitik taucht neben verschiedenen Programmen auch die START GmbH auf. Diese von der Bundesregierung ebenso wie vom DGB, also sehr breit, unterstützte Firma vermittelt Langzeitarbeitslose in Leiharbeit, in der Hoffnung, sie später fest zu vermitteln. Die bisher deutliche Kritik der Grünen in NRW an START — immerhin fordert auch der DGB grundsätzlich das Verbot der Leiharbeit — findet sich zwar nicht in der Koalitionsvereinbarung.

Durchgesetzt haben die Grünen aber, daß die Landesregierung 1996 ein Förderprogramm „Soziale Betriebe“ auflegt, das auch wirtschaftspolitisch in-

Antifaschismus, Ausländer und Flüchtlinge

Die gemessen am politischen Widerstand vielleicht größte Lücke in der Koalitionsvereinbarung klappt auf dem Feld des Antifaschismus. Sehen SPD und Grüne hier keinen Handlungsbedarf? Dabei ist der Brandanschlag von Solingen erst zwei Jahre her, der organisierte Faschismus versucht, sich neu zu formieren — selbst der ehemalige Landesinnenminister Schnoor hat die Neue Rechte zum Thema gemacht.

In der Präambel der Koalitionsvereinbarung findet sich die Aussage: „Die Koalition wird allen Formen der Diskriminierung von Minderheiten entschieden entgegentreten. Antisemitismus und fremdenfeindliche Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus werden mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt.“ Konkreter wird es im Text jedoch nur an wenigen Stellen: bei der mit vagen Vorgaben angestrebten Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes, der Fortschreibung des Landesprogramms „Maßnahmen und Initiativen gegen Fremdenfeindlichkeit“ und der besseren Entschädigung von NS-Opfern. Für letzteres sind 7 Mio. DM vorgesehen, wobei NRW bisher weit hinter anderen Länderregierungen zurückstand. Eine Zusage zur Übernahme der vom Bund gestoppten Förderung der bundesweit einzigen Beratungsstelle zur Entschädigung von NS-Opfern in Köln fehlt.

Doch auch den Vertriebenenverbänden soll anscheinend weiter Geld zufließen. Eine Aussage zu den direkten und indirekten Geldern, mit denen die Landeskasse revanchistische Politik fördert, sucht man vergeblich. Auch von der Kündigung der Patenschaft des Landes mit der Landsmannschaft der Oberschlesier ist nirgends die Rede, obwohl die Landsmannschaften immer stärker zu einem Bindeglied zwischen Konservativen und Faschisten werden.

Etliche Festlegungen enthält der Koalitionsvertrag dagegen zur Politik gegenüber für Menschen ohne deutschen Paß — mehr als 10% der Einwohner NRWs. Noch 1995 soll ohne jede Einschränkung das aktive und passive kommunale Wahlrecht für EU-Ausländer eingeführt werden. Die Einbürgerung soll erleichtert, die doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt werden. Eine Initiative zur Änderung des reaktionären Staatsbürgerschaftsrechts in Art. 116 Grundgesetz fehlt jedoch. Auf Landesebene soll eine Art Ausländerbeirat eingerichtet werden.

Die zwischen SPD und Grünen stark umstrittenen Vereinbarungen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik unterscheiden sich zwar von der bisherigen Landespolitik, schränken jedoch nach wie vor grundlegende Menschenrechte ein. Als zentrales Instrument soll eine „Härtefallkommission“ eingerichtet werden, die über das Bleiberecht entscheidet und die geringen Spielräume der restriktiven Ausländer- und Asylgesetze des Bundes nutzen soll. Ihre Entscheidungen werden sicherlich stark vom öffentlichen Druck abhängig sein. Doch weder für Roma noch für Kurden gibt es eine Bleiberechtsregelung. Für Kurden soll erst darüber entschieden werden, nachdem sich eine „sachverständige Delegation“ in der Türkei ein eigenes Bild gemacht hat.

Die Abschiebehäft soll zwar eingeschränkt werden, aber es wird sie weiter geben — auch wenn die Inhaftierten sich keines anderen Vergehens schuldig gemacht haben, als in der BRD Asyl zu beantragen. Vor diesem Hintergrund ist es zynisch, wenn nach 12 Wochen „geprüft“ werden soll, ob die Abschiebehäft aufrechterhalten wird. — (wof)

„Rot-grüne“ Ansätze für Reformpolitik

Für linke Opposition in NRW bleibt viel zu tun

satz, der allgemein bleibt, kann in harte Auflagen für Fördermittel umgewandelt werden — wenn dies gewollt wird.

Ein Punkt, der die Interessen der in NRW (fast) allmächtigen Energiekonzerne erheblich stört, ist die Festlegung, im Rahmen des „Zukunftinvestitionsprogramms Arbeit und Umwelt“ regionale und kommunale Energieversorgungskonzepte und Einrichtungen dezentraler Energieversorgung durch die örtlichen Stadtwerke zu fördern. Auf Bundesebene will die „rot-grüne“ Koalition die überfällige Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1938 betreiben, das die private Monopolbildung im Energiesektor massiv förderte.

Die Arbeitsbedingungen werden bei der Wirtschaftspolitik allerdings fast ganz ausgespart. Immerhin findet sich ein wichtiger Punkt als konkrete Festlegung im Abschnitt „Gleichstellung von Frauen und Männern in der Wirtschaft“. Er lautet: „Die Landesregierung wird keine Aufträge an Unternehmen vergeben, die Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer ungeschützt beschäftigen. Sie verpflichtet sich, ... nur sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse einzugehen.“

Sozialpolitik

Laut Vereinbarung will NRW weiterhin das „soziale Gewissen“ der BRD sein. Über das „weiterhin“ kann man sicherlich streiten. Die Fortsetzung des harren „Spar“kurses gegenüber den Landesbeschäftigen und die von den bei-

teressant ist. Danach sollen Arbeitslose und Leute aus geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen auf „regulären, überwiegend unbefristeten Arbeitsplätzen in sinnvollen Bereichen“ beschäftigt und qualifiziert werden. Durch selbstorganisierten Verkauf ihrer Produkte und Dienstleistungen sollen die Betriebe nach und nach „wirtschaftliche Selbstständigkeit“ erreichen.

Für die Politik der Gewerkschaften wichtig sind die Vereinbarungen zur Arbeitszeitpolitik. So soll die Arbeitszeitberichterstattung ausgeweitet werden, um die Konsequenzen von zunehmender Flexibilisierung und Deregulierung zu bewerten. Geplant sind Modellprojekte zur „sozialverträglichen Gestaltung von Arbeitszeiten“. Und weiter heißt es: „Die Genehmigung von Wochenend- und Sonntagsarbeit soll auf Grundlage der bestehenden rechtlichen Regelungen restriktiv gehandhabt werden.“ Diese Aussage ist ein erfreulich deutlicher Unterschied zur erklärten bisherigen Praxis des Wirtschaftsministeriums. Festlegungen zum Ladenschluß vermißt man dagegen.

Vereinbart wurden der Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes, Maßnahmen zum Kampf gegen Dumpinglöhne für Lohnabhängige mit Werksverträgen und zum Kampf gegen Obdachlosigkeit, eine Armutsberichterstattung sowie die Einrichtung von Sozialbüros als Modellprojekte in fünf Städten, gemeinsam mit Sozialhilfeinitiativen. Das sind alles Punkte, deren Umsetzung kritisch unter die Lupe genommen werden sollte.

Kommunen in Ostdeutschland

Eine aktuelle Betrachtung zur Lage der Kommunen in den neuen Bundesländern

Unzählige Beispiele zeigen: Kommunen sind machtlos

Enttäuscht kehrten Bürgermeister und Amtsdirektoren des Regionalen Entwicklungszentrums Jüterbog/Luckenwalde/Niedergörsdorf/Nuthe-Urstromtal (Land Brandenburg) kürzlich von einer Dienstreise aus Bonn zurück: Seit Jahren fordern sie den Bau einer wichtigen Ortsumgehungsstraße, den der Maßnahmenplan zum Bundesverkehrswegeplan für die Jahre 1993 bis 1997 mit 20 Millionen DM Investitionsmitteln auch vorsah. Von der Landesregierung Brandenburg beständig vertröstet, suchten sie Hilfe in Bonn. Nun mußten sie entsetzt feststellen, daß die Landesregierung ihr Projekt auf die Jahre nach der Jahrhundertwende verschoben hatte. „Die Landesregierung hat uns verschaukelt“, war deshalb der Kommentar der Kommunalpolitiker, für die der Bau der Straße ein wichtiges Element darstellt, um die dramatische Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in diesem Gebiet zu verringern. Mit der Straße könnten über 30 Investoren gewonnen und mindestens 1000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Argumente beeindruckten die Landesregierung aber offenbar überhaupt nicht.

Im Parlament in Mecklenburg-Vorpommern wurde Mitte Juni der Haushalt 1995 verabschiedet, der einen Etat von 14,7 Milliarden DM vorsieht. Kam die Beschußfassung schon sehr spät, kritisierte die finanzpolitische Sprecherin der PDS im Landtag, Angelika Gramkow, daß die „Kommunen zu 70 % in ihrer Haushaltsführung auf Landeszweisungen angewiesen sind“. Auch gegen den Protest der kommunalen Spitzenverbände wurde die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschlossen, das die kommunale Selbstverwaltung in unzulässiger Weise einschränkt. Von 6 Milliarden DM erhalten die Kommunen nur 2,2 zu ihrer freien Verfügung. Eine 40prozentige Beteiligung der Kommunen an den Mehreinnahmen der Landesregierung und eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme um 491 Millionen DM wurden von der Regierungskoalition abgelehnt.

Im Land Thüringen mehren sich die Anzeichen, daß das bisher bestehende System der Schulhorte abgeschafft werden soll. Es wird ein rapider Stellenabbau festgestellt und von offizieller Seite über die Übergabe der Hortstellen in die Verantwortung der Kommunen geredet. Damit wird die Kombination Schule – Hort, die in Deutschland einmalig ist, in Gefahr gebracht. Aber die Kommunen haben kein Geld, so daß in der CDU laut über freie Träger im Hortszenen nachgedacht wird, was die Einführung von Hortgebühren nach sich ziehen und damit eine Zweiklassengesellschaft bedeuten würde.

Seit Monaten geht es im Freistaat Sachsen – wie auch in anderen Bundesländern (Ende Juni waren in Ostdeutschland 77600 Schülern gerade mal 18000 Lehrstellen angeboten worden) – um fehlende Lehrstellen für Schulabgänger. Im Bereich des Arbeitsamtes Bautzen (Sachsen), z.B., suchten Ende Juni noch 4472 Mädchen und Jungen eine Lehrstelle. Unvergebene Ausbildungsplätze gab es 430: Das sind zehn Bewerber auf einen Platz. Um den Kommunen mehr Einflußmöglichkeiten zu geben, wurde im Landtag vorgeschlagen, den Kommunen konkretere Möglichkeiten im Bereich Soziale Dienste/Jugendhilfe zu verschaffen. Sach-

sen blute aus, viele junge Menschen gehen ob dieser Lage weg und kommen nicht zurück. „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“, fordern die CDA-Kreisvorstände Sachsen. Diese Forderung nach einer Umlagefinanzierung der Kosten für die berufliche Ausbildung in den Kommunen lehnte die CDU-Mehrheit im Landtag jedoch ab.

Ostkommunen haben kein Geld

Die ostdeutschen Städte und Gemeinden leiden chronisch an Kapitalmangel. Grund dafür sind die immer noch schwachen eigenen Steuereinnahmen. Nach Feststellungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes liegen sie erst bei 40 % der Einnahmen westdeutscher Kommunen. Hinzu kommen die auf den Kommunen lastenden Schulden, die nicht zuletzt auch durch falsche Planungen und Gigantomanie (siehe die zwangsverwaltete Gemeinde Götz im Land Brandenburg) Zustande gekommen sind. Diese reichen von den reichlich vergebenen Aufträgen zum Bau von Kläranlagen bis hin zu protzigen Prachtbauten für Verwaltungen und Büros.

Aber diese Schulden sollen noch wachsen. Sogenannte „Altschulden“ auf kommunale und gesellschaftliche Einrichtungen (Kindergärten, Schulen, Altersheime, Krankenhäuser, Sportstätten etc.) belasten in Höhe von 7,4 Milliarden die Budgets der Städte und Gemeinden. Diese von der bundeseigenen „Gesellschaft für kommunale Alt-kredite und Sonderaufgaben der Währungsumstellung m.b.H.“ eingeforderten Gelder bestehen aus 4,9 Milliarden DM Kreditschulden und inzwischen aufgelaufenen Zinsen von 2,5 Milliarden DM. Um diese „Altschulden“ ist eine heftige Auseinandersetzung entbrannt. Selbst ein von den CDU-Fraktionsvorsitzenden der ostdeutschen Landtage ausgehandelter Kompromiß, seitens des Bundes auf die Zinsen zu verzichten und den Zeitwert der entsprechenden Objekte real zu bewerten,

ist eine De-facto-Anerkennung der „Altschulden“. Viele Kommunen fordern zu Recht, diese „Altschulden“ als Staatsschulden zu betrachten, die vom Bund als Rechtsnachfolger der DDR getilgt werden müssen. Städte wie Schwedt, Magdeburg oder Halle müßten mit einer zusätzlichen Pro-Kopf-Verschuldung je Einwohner von mehr als 1000 DM rechnen. Die Auswirkungen für die Kommunen wären katastrophal: Sie trügen zu einer weiteren Destabilisierung der Kommunen und zu einer weiteren Beschneidung ihres Rechtes auf Selbstverwaltung bei.

Den Kommunen mehr Rechte

Krisenhafte Erscheinungen einer Gesellschaft spiegeln sich zu aller erst dort wider, wo es um konkrete und den Bürger betreffende Entwicklungen geht. Das trifft zu auf den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, auf die Schaffung von Lehrstellen für Auszubildende, auf die Sicherung von sozialen Rechten der Bürger oder aber auch auf den „Umgang“ mit „Altschulden“. Die Lebensfähigkeit der Kommunen wird weiter eingeschränkt und die Handlungsfreiheit der Kommunen schwindet zusehends. Das ist gleichzusetzen mit einem weiteren Abbau der Demokratie und der Zerstörung der Lebensfähigkeit dieser wichtigen Teile der Gesellschaft. An eine Selbstverwaltung der Kommunen ist nicht zu denken. Nehmen wir nur einmal das Beispiel Berlins! In Berlin wird – im Rahmen der Fusion Berlin-Brandenburg – eine wesentliche Stärkung der Exekutive angestrebt, die gleichbedeutend ist mit einer Zentralisierung politischer Macht. Die „Reform“ sieht eine Veränderung der Stadtbezirke vor, in deren Zuge diesen weitauft weniger Vollmachten zugestanden werden als bisher. (Und da waren sie schon eingeschränkt!) Dagegen werden dem Oberbürgermeister und dem Senat weitgehende Befugnisse eingeräumt. Es sollen Großbezirke entstehen mit 400-500000 Einwohnern, die sehr

„bürgerfern“ sein werden. Die Privatisierung der Verwaltung wird die Streichung von 60000 Stellen im öffentlichen Dienst mit sich bringen. Das Mitspracherecht der Bürger wird weiter eingeschränkt werden, wenn der Staat die Bahnlinien, Kläranlagen und Mülldeponien privatisiert.

Eine Konferenz der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit PDS-Mandat Ende Juni in Berlin richtete deshalb nicht umsonst eine Reihe Forderungen an die Bundes- und Landesregierungen. Dazu zählt die Forderung, die „Altschulden“ als Schulden des Bundes zu übernehmen und nicht die Kommunen damit zu beladen. Sie lehnen die Bestrebungen des Bundes ab, die Kommunen mit Aufgaben zu beladen, ohne gleichzeitig dafür entsprechende Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Das trifft vor allem auf die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu, denn arbeitslose Sozialhilfeempfänger sind von der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Arbeitslosenhilfe zu betreuen. Die Kommunen müssen davon entlastet werden. Ein dauerhafter öffentlicher Beschäftigungssektor ist ebenso unverzichtbar wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dringend erforderlich ist eine Reform der Kommunalfinanzierung, erst eine solide Finanzierungsgrundlage gewährleistet die kommunale Selbstverwaltung.

Die Kommunalpolitik braucht einen festen Platz in der Politik der PDS. Wenn der Deutsche Landkreistag, Dachorganisation aller 329 deutschen Kreise, kürzlich forderte, „weniger Fremdbestimmung durch Gesetze, Verordnungen und Normen“ und hin zu mehr kommunaler Selbstverwaltung, so zeigt es die Bedeutung der Kommunalpolitik. Wenn in einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung (DGB-nahe) festgestellt wird, daß in Ostdeutschland beim Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen auf „traditionelle bürokratische Steuerungsstrukturen“ aus dem Westen zurückgegriffen worden sei, verdeutlicht auch das, wie notwendig Reformen sind.

Die PDS kann Vorstellungen entwickeln, wie an der Basis der Gesellschaft Veränderungen erreicht und wie Spielräume für die Kommunalpolitik geschaffen werden können. Sicher besteht ein enger Zusammenhang zwischen allgemeiner und Kommunalpolitik, der Überlegungen stimulieren kann, wie die Einschränkung der Selbstverwaltung der Kommunen verhindert wird. Die PDS verfügt über ein Potential von 6000 Abgeordneten und 175 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit PDS-Mandat. Erreichte Ergebnisse verdeutlichen, daß die PDS örtlich Mehrheiten gegen die Regierungspolitik schaffen kann. Eine Oppositionsrolle der PDS stellt unterschiedliche Interessenlagen in den Kommunen in Rechnung und orientiert auf die Lösung echter Probleme: Reform der Finanzausstattung der Kommunen, Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und Verhinderung der weiteren Aushöhlung der Demokratie. Der Beschuß des Bundesvorstandes der PDS, die zweite Tagung des 4. Parteitages unter das Thema „PDS in den Kommunen“ zu stellen, ist eine interessante Nachricht und verspricht, ein Thema zu sein, daß allerorten von Bedeutung ist.

Quellen: Pressedienst der PDS, Nr. 25-28, ND, Juni 95, FAZ, 31.5.95, Sächsische Zeitung 17.17./22.7.95 – (abe)



Zwei Jahre sind mittlerweile ins Land gezogen, noch immer ist der Beschuß der Kultusministerkonferenz von Greifswald zur Gleichstellung der Lehrer in den ostdeutschen Ländern nicht überall umgesetzt. Während Berlin, Brandenburg, Sachsen Schritte in Richtung Gleichstellung gemacht haben, mahnten die sachsen-anhaltinischen Pädagogen dies vor den Schulferien erneut an (siehe Bild: 5000 demonstrierten in Magdeburg). Die Forderung nach Gleichstellung meint die Anerkennung der DDR-Ausbildung und damit die gleiche tarifliche Eingruppierung, die aber auch in den genannten Bundesländern erst nach einer Zusatzqualifikation erreicht wird. Allerdings muß man nicht annehmen, daß jetzt ostdeutsche Lehrer gleich viel wie ihre westdeutschen Kollegen verdienen: Bei 84 %igem Tarifniveau und (zwangswise) Teilzeitarbeit liegt ihr Einkommen meist zwischen 50 und 60 %. — (har)

Böswillig oder schlecht informiert?

Erklärung des rechtspolitischen Sprechers der PDS im Bundestag, Prof. Uwe-Jens Heuer

Die Erklärung Prof. Heuers ist eine Erwiderung auf die Presseerklärung des MdB Gerald Häfner, Bündnis 90/Grüne, „PDS läßt die demokratische Maske fallen“ vom 5.7.95.

Die PDS hat einen Gesetzentwurf zur Beendigung der politischen Strafverfolgung in Ostdeutschland im Bundestag eingebracht. Gerald Häfner lehnt diesen Gesetzentwurf offenbar ab. Er bedient damit Interessen seiner ostdeutschen Fraktionsfreunde, deren politischer Einfluß in Ostdeutschland von den Wählern inzwischen marginalisiert wurde. Die PDS bedient mit ihrem Gesetzentwurf die Interessen ihrer Wähler und einer ständig wachsenden Mehrheit in Ostdeutschland, die für eine Beendigung des Kalten Krieges und die Einstellung der politischen Strafverfolgung ist. Ich habe dies bereits mehrfach im 12. Bundestag erklärt, und die PDS hat dies im Wahlkampf zum 13. Bundestag ebenfalls als eines ihrer Ziele öffentlich erklärt. Inwiefern hier jemand eine Maske fallen lassen und inwiefern dies undemokratisch ist, bleibt das Geheimnis von Herrn Häfner.

Es gibt eine Reihe von guten Gründen, die Strafverfolgung hoheitlicher Handlungen von DDR-Bürgern jetzt zu beenden, und die PDS sieht sich dabei mehr oder weniger in Übereinstimmung mit bekannten Politikern (u.a. v. Weizsäcker, Bahr, Bräutigam, Schubert) und Juristen (u.a. Mahrenholz, Odersky).

Die Bundestagsgruppe der PDS hat

eine parlamentarische Anhörung veranstaltet, die umfangreiches Material für den Beleg der Tatsache erbracht hat, daß es sich bei der strafrechtlichen Verfolgung von hoheitlichem Handeln von DDR-Bürgern um Fremdrechtssanwendung handelt und die Rechtskultur der Bundesrepublik dadurch beschädigt wird, weil DDR-Recht uminterpretiert, überdehnt, ignoriert werden muß, um überhaupt verfolgen zu können. Bekanntestes Beispiel ist die Anklage gegen Krenz u.a., die unterstellt, die Mitglieder des SED-Politbüros hätten eine Rechtpflicht zum Vorgehen gegen das DDR-Grenzregime verletzt.

Was der Gesetzentwurf anstrebt, ist nicht mehr als das, was nach Beendigung von Bürgerkriegen, scharfen inneren Auseinandersetzungen bzw. Regimewechseln oder dem Beitritt von Territorien (Nord- und Südstaaten der USA, Portugal, Spanien, Südafrika, Saarland) üblicherweise an Straffreiheit gewährt wird. 1956 war die Bundesrepublik mit Blick auf eine mögliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten übrigens noch selbst der Ansicht, daß in dieser Weise Straffreiheit gewährt werden müßte. Gerald Häfner sollte erklären, warum er das für das heutige Deutschland nicht will.

Häfner schreibt: „Zuchthauswärter und Todesschützen, Politbüro und für Mord und Schießbefehl Verantwortliche, IM und Stasi-Obristen, OA- und West-Mitarbeiter der Koko und der HVA würden nachträglich die Richtig-

keit ihres Tuns bestätigt bekommen und dürften nicht mehr verfolgt werden. Selbst ‚begleitende Straftaten‘, also Entführung, Erpressung oder gar Mord, wären in einigen Fällen künftig straffrei.“

Hier geht wohl einiges durcheinander. „Zuchthauswärter“, also Justizvollzugsbediensteter, zu sein, ist wohl an sich nicht strafwürdig. Daß es im staatlichen Gewahrsam zu Übergriffen kommt, ist leider keine Spezialität der DDR. Daß solche Übergriffe kein hoheitliches Handeln sind, sondern Straftaten „bei Gelegenheit“ hoheitlichen Handelns, weiß Herr Häfner natürlich. Und daß dies von der Verfolgungsfreistellung ausgenommen wird, steht im Gesetzentwurf ausdrücklich drin. Daß die Mitgliedschaft im Politbüro der SED in der DDR kein Straftatbestand war, ebensowenig die Arbeit als V-Mann oder V-Frau für einen Nachrichtendienst der DDR, teile ich hierdurch Herrn Häfner vertraulich mit. Auf welcher Rechtsgrundlage sollte das also verfolgt werden? Was die „begleitenden Straftaten“ betrifft: Geheimdienstleute treten unter falschen Identitäten auf (Urkundenfälschung) und knüpfen an bestimmte Interessen — darunter auch materielle — ihrer Gewährsleute an (Bestechung). Warum dies strafbar bleiben soll, wenn die eigentliche nachrichtendienstliche Tätigkeit amnestiert wird, bleibt das Geheimnis des Bundesverfassungsgerichtes und von Herrn Häfner. Daß der Gesetzentwurf in die-

sem Zusammenhang Straftaten gegen Leib und Leben ausdrücklich aus der Verfolgungsfreistellung ausnimmt, hat Herr Häfner entweder nicht gelesen, oder er ignoriert es, weil es ihm nicht in den Kram paßt.

Herr Häfner unterstellt, der Entwurf eines Strafverfolgungsbeendigungsge setzes sei eine Aktion „pro domo“ von Gysi, Kutzmutz und Luft. Worin deren Straftaten nach DDR-Recht bestanden haben sollen, bleibt unbekannt.

Herr Häfner schreibt, Gysi verfolge „gnadenlos mit Hilfe der Gerichte“ (!) Frau Bohley. Seit wann ist es vorwerfbar, daß sich ein öffentlich angegriffener Politiker um Rechtsschutz durch die Gerichte bemüht? Schließlich noch zu meiner Einordnung als „Stalinist“. Ich habe mich in der DDR schon für mehr Rechtsstaatlichkeit eingesetzt, als Gerald Häfner noch zur Schule ging. Dies war — was immer man unter „Stalinismus“ versteht — antistalinistisch, und es war in der DDR zumindest für Karriere und Publikationsmöglichkeiten nicht förderlich. Karriereknick, Lehr- und Publikationsverbot traten dann auch folgerichtig bei mir ein. Warum mein jetziges Eintreten für Rechtsstaatlichkeit — und Herr Häfner kennt dies aus dem Rechtsausschuß — diese ehrabschneidende Einordnung als „Stalinist“ rechtfertigt, müßte Herr Häfner schon mir und der deutschen Öffentlichkeit erklären.

Pressemitteilungen der PDS-BT-Gruppe, 9.7.95

Keine Rentenerhöhung für Ost-Rentnerinnen auf lange Zeit

Gegenwärtig enthalten rund 2,2 Millionen Versichertenrenten und 62000 Witwer- und Witwenrenten sogenannte Auffüllbeträge, darunter 1,6 Millionen Frauen. Die Auffüllbeträge sollten verhindern, daß es bei der Umstellung von DDR- auf bundesdeutsches Rentenrecht zu Kürzungen kommt. Sie bleiben nominal gleich hoch und werden ab 1996 mit jeder Rentenerhöhung um 20%, mindestens um 20 Mark, verrechnet. Im Durchschnitt beträgt der Auffüllbetrag bei Frauen 251 Mark, bei Männern 188 Mark. Diese Angaben machte die Bundesregierung in Beantwortung einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion.

Je höher die jährliche Rentenanpassung, desto mehr verlieren die Renten an Wert. Nach eigenen Berechnungen der Bundesregierung verliert beispielsweise die durchschnittliche Frauenrente bei einer jährlichen Rentenanpassung um 5% und einer Preisseigungsrate von 3% bis zum Jahr 2001 14,5% an Wert. Je höher der Auffüllbetrag, um so länger dauert die Anrechnung und damit die Wertsenkung an.

„Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung, die Vorschriften über die Behandlung der Auffüllbeträge zu ändern“, heißt es. Die Auffüllbeträge in Höhe von 6,2 Mrd. Mark werden übrigens aus der Rentenversicherung, also aus Beiträgen, aufgebracht und nicht vom Bund erstattet. Als Begründung führt die Bundesregierung an, daß die laufenden Ost-Renten (gemeint sind die Rentenneuzugänge), im Durchschnitt schon um 1,3%, bei Frauen gar um 1/3 höher als die West-Renten liegen (DDR-Frauen haben im Schnitt wesentlich mehr Berufsjahre). Nur davon können sich die 1,6 Millionen alten Rentnerinnen nichts kaufen. (Quelle: Handelsblatt v. 17.7.95 — har)

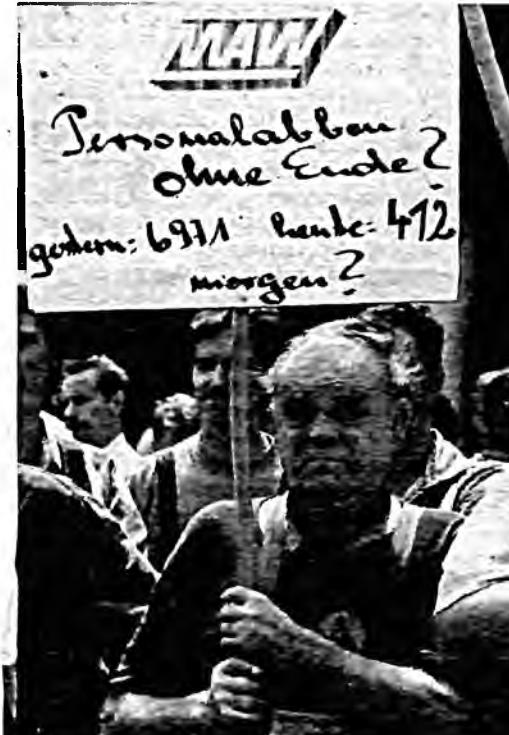
Erschreckende Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit

Eine im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit erstellte Studie belegt die industrielle Kahlschlagpolitik in Ostdeutschland. Nur noch 2/3 der ehemals Beschäftigten hatte nach 5 Jahren noch bzw. wieder einen Job. Besonders betroffen von den Entlassungen sind die Älteren und Frauen. Nur noch 10% der 52- bis 63jährigen standen Ende 1994 noch in Arbeit. Von ehemals 4,3 Millionen berufstätigen Frauen waren es zu diesem Zeitpunkt noch 59%, bei den unter 25-jährigen Frauen noch 55%. Während 3/4 der Arbeitskräfte mit Abitur oder Hochschulabschluß nach 5 Jahren noch oder wieder erwerbstätig waren, brachten es die Ungelernten nur auf 43%. Branchenmäßig betrachtet, schnitt die Baubranche mit 80% am besten, das verarbeitende Gewerbe mit 52% am schlechtesten ab.

Erschreckend ist, daß im November 1994 nur 25%, also nur jeder Vierte, noch in demselben Betrieb tätig war, in dem er vor 1989 beschäftigt war. Man mag nur erahnen, welche Auswirkungen diese Belegschaftsumwälzungen haben. — (har)

Fünf-Jahres-Bilanz der Kampagne gegen Wehrpflicht

Berlin. Genauso lang wie die Bundeswehr ist auch die „Kampagne gegen Wehrpflicht“ in Berlin aktiv. Nach eigenen Angaben hat sie rund 100000 junge Männer davor bewahren können, in die Bundeswehr eingezogen zu werden. Tendenz steigend: In den ersten fünf Monaten d.J. sind es bereits 76000. „Es gibt inzwischen mehr Verweigerer als eingezogene Rekruten“, stellt die „Kampagne“ fest. Bundesweit leiste nur noch jeder dritte, in Berlin jeder vierte Wehrpflichtige den Dienst an der



Gegen die drohende Entlassung von rund 200 Beschäftigten demonstrierte am 19.7. die Belegschaft der Magdeburger Armaturenwerke (MAW), unterstützt von Betriebsräten anderer Magdeburger Stahl- und Metallbetriebe. Was auf den ersten Blick gering aussieht, hat seine Vorgeschichte: Ursprünglich hatten die MAW fast 7000 Beschäftigte. Nach den Plänen des Aufsichtsrates der Firma sollen ganze 200 übrigbleiben, das wären nicht einmal 3% der früheren Belegschaftsstärke. Der Betriebsrat befürchtet zudem, daß der Magdeburger Standort der MAW ganz geschlossen und nach Polen verlagert werden soll. (Quelle und Bild: ND v. 20.7.95 — har)

Waffe. Die Pressestelle der Bundeswehr weist diese Angaben zurück, hält aber aktuelle Zahlen von Verweigerungen in Berlin geheim.

Besonders erfreulich ist, daß die Versuche der Bundeswehr, sich nachträglich an den älteren Jahrgängen von sogenannten Wehrflüchtigen zu rächen, offensichtlich gescheitert sind: „Von den Wehrflüchtigen, die sich damals durch einen Umzug nach Berlin der Wehrpflicht entzogen haben und bei uns in der Beratung waren, ist kein einziger gezogen worden.“

Und wie reagiert die Bundeswehr? Gegen die „Kampagne“ mit einer Vielzahl von Ermittlungsverfahren wegen Haus- und Landfriedensbruch, Nötig-

ung, Beleidigung, Sachbeschädigung, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Volksverhetzung usw. bis hin zu befristetem Einreiseverbot nach Brandenburg für den „harten Kern“ der Militärgegner. Gegen die Totalverweigerer setzt sie die Militärgerichtsbarkeit ein, seit die zivilen Gerichte „nur“ noch Geld- oder Bewährungsstrafen verhängen. Gegen die Flüchtigen werden Feldjäger eingesetzt, die ihnen nicht nur am Wohnsitz, sondern auch am Arbeitsplatz oder bei der Krankenkasse auflaufen.

(Quellen: Presseerklärung der Kampagne gegen Wehrpflicht, Der Tagesspiegel, Neues Deutschland v. 20.7.95 — har)

Gericht verweigert die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls

Weltweite Unterstützung für Mumia Abu-Jamal

Wir veröffentlichten zwei Stellungnahmen zur Weigerung des Gerichts, den Befehl zur Hinrichtung des afroamerikanischen oppositionellen Journalisten Mumia Abu-Jamal auszusetzen, zunächst die Rede von Len Weinglass, dem Anwalt von Mumia, der nach der Anhörung am 12.7. zu mehreren hundert Menschen vor dem Gerichtsgebäude sprach, dann eine Erklärung von Mumia Abu-Jamal, ebenfalls vom 12.7.

Leider muß ich euch sagen, daß wir nichts anderes erlebt haben als eine Wiederauflage dessen, was 1982 (bei Mumias damaligem Prozeß — d. Ü.) passierte. Ein Richter, der sich der Erkenntnis seiner eigenen Fehlentscheidung verschließt ... und der Wort für Wort den Anträgen des Büros der Bezirksstaatsanwaltschaft folgt, in denen die groteskste Aussage zu finden ist, die ich jemals in einem juristischen Dokument gelesen habe, nämlich daß in Amerika heutzutage die Hinrichtung kein „nicht wiedergutzumachendes Unrecht“ für die hingerichtete Person darstelle! (...)

Wir werden diesem Richter, diesem Gericht nicht gestatten, denselben Prozeßablauf wie 1982 zu wiederholen. Wenn wir es müssen, werden wir vor höhere Gerichte gehen, bis wir das bekommen, was wir erwarten. Wir verlangen nicht von Richter Sabo, Mumia freizulassen. Wir verlangen nicht vom Gouverneur, Mumia zu begnadigen. Wir verlangen einen Prozeß, einen fairen Prozeß, und wenn wir den bekommen, dann ist es meiner Ansicht nach keine Frage, daß Mumia, wie es schon 1982 hätte passieren müssen, von dieser Anklage freigesprochen werden wird.

Ich möchte hier nicht in die Einzelheiten gehen, aber einige der Punkte erwähnen, die wir vorgetragen haben.

Punkt 1: Mumias Waffe wurde am Tatort gefunden; es war eine Waffe Kaliber .38, aber die Kugel, die der Pathologe aus Officer Faulkner entfernte, war Kaliber .44, und das stand in seinem Bericht. Und man kann nicht eine Kugel Kaliber .44 mit einer Waffe Kaliber .38 abfeuern — diese Tatsache wurde der Jury verschwiegen!

Punkt 2: Sie sagen, Mumia habe gestanden, auf Officer Faulkner geschossen zu haben. Aber der Officer, der in dieser Nacht mit dabei war, verfaßte einen offiziellen Polizeibericht, in dem er sagte: „Der männliche Neger machte keine Aussagen.“ Aber die Jury erfuhr davon nichts! Weil die Polizei diesen Officer während des Prozesses in Urlaub schickte ..., konnte er nicht gehört werden.

Einer ihrer Hauptzeugen war ein junger Mann, der verurteilt worden war, weil er gegen Bezahlung einen Molotowcocktail in eine Schule geworfen hatte! Diese Tatsache wurde der Jury nie mitgeteilt, weil Richter Sabo der Meinung war, daß dies nichts über seinen Charakter aussage ... Und so wissen wir, wenn man Punkt für Punkt ... dieses Falles durchgeht, mit unserem jetzigen Wissen, daß Mumia von dieser Anklage freigesprochen werden würde, daß er von Anfang an unschuldig im Sinne der Anklage war.

Aber was tun sie? Sie machen dassel-

be wieder. (...) Sie wollen diese Beweise nicht hören, sie wollen die Anklagevertretung nicht zwingen, auf unsere Anträge zu antworten, sie wollen den Bezirksstaatsanwalt nicht zwingen, die Beweise vorzulegen, die sie unterdrückt und vorenthalten haben. Die Polizei kontrolliert die Zeugen; sie kontrolliert die Beweise.

Das Polizeidepartment von Philadelphia war 1979 das erste Polizeidepartment in der Geschichte der USA, das von der Bundesregierung wegen der brutalen Schikane gegen Hispanic und African American Communities in Philadelphia und wegen der Art und Weise, mit der es mit Zeugen dealt und mit Beweisen umgeht, verklagt wurde. Ihr müßt also diesen Fall im Zusammenhang mit diesem Polizeidepartment, dieser Stadt und zu dieser Zeit betrachten: Rizzos (damaliger Bürgermeister von Philadelphia) Philadelphia. Seht Euch die Beweise an, die in diesem Fall produziert und unterdrückt und verworfen und manipuliert worden sind. Und heute geht die Vertuschung weiter, und sie suchen weiter nach einem Weg, Mumia hinzurichten.

Aber ich möchte zum Schluß folgendes sagen: Es wird nicht geschehen. Es wird nicht geschehen, weil Ihr hier seit und weil es Zehntausende wie Euch überall im Land gibt. Es wird nicht geschehen, weil 300 Menschen in San Francisco festgenommen wurden, weil sie gegen diesen Fall protestierten. Es wird nicht geschehen, weil zwei Anwälte aus Japan hier sind und zwei Anwälte aus Deutschland; es wird nicht geschehen, weil mir der italienische Generalkonsul am Telefon sagte, daß die italienische Regierung in Rom eine Erklärung darüber wünscht, was im Fall Mumia Abu-Jamals geschieht. Es wird nicht geschehen, weil der ANC in Südafrika eine Resolution verabschiedete, mit der sich der ANC auf die Seite Mumias stellt. Es wird nicht passieren, weil Gewerkschaften in ganz USA nicht nur Resolutionen verabschieden, sondern auch den Hut rumgehen lassen und so dafür sorgen, daß Mumia die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung hat, um die Untersuchung seines Falles und alle notwendigen Ermittlungen bis zum Abschluß durchzuführen.

Diese Sache wird durch die Unterstützer gewonnen werden, die Unterstützer hier und die Unterstützer weltweit. An Mumias Stelle möchte ich euch allen für euer Kommen heute danken.

Mumia Abu-Jamal am 12.7.

Wie vorauszusehen war, hat Richter Sabo den Antrag abgelehnt: wir sind nicht überrascht. Was kann man schon von einem Mitglied der FOP (eine reaktionäre Polizei-Organisation — Red.) „im Ruhestand“ erwarten, der sich nun die Maske eines gerechten, unparteiischen Seniorjuristen aufsetzt?

Würde nicht ein „gerechter“, „unparteiischer“ Richter vor dem Prozeß, besonders in einem Fall wie diesem, die Verteidigung von seinen beruflichen Verbindungen in Kenntnis setzen, wenn es um grundsätzliche Gerechtigkeit ginge?

Daß er es nicht tut, ist ein klammheimliches und ausreichendes Bekennen für „Gerechtigkeit“ und „Unparteilichkeit“ in Philadelphia wert sind.

Ein Blinder kann erkennen, daß ich keinen fairen Prozeß bekommen habe, und nun ist mir eine faire Anhörung verweigert worden, um diese Tatsache zu vertuschen.

Während Südafrika die Todesstrafe auf den Abfallhaufen der Geschichte verbannt, stellt Philadelphia seinen rassistischen Hunger, indem es nach mehr schwarzem Blut schreit. Selbst in den dunkelsten Regionen Südafrikas, von den Laagers des Afrikanerdom bis zu den betrunkenen Shebeens der Townships, wissen alle, daß die Verfassung das fundamentale „Recht auf Leben“ schützt.

Hier, in Philadelphia, an dem Ort, an dem die amerikanische Verfassung verfaßt, unterzeichnet und veröffentlicht wurde, ist die Verfassung nur noch ein vergangener Gedanke; sie ist ein geringes Hindernis, das, wenn möglich, toleriert und, wenn nötig, ignoriert wird, wenn das Ziel des Staates der Tod ist.

Was schützt sie, die Interessen des Establishments?

Im selben Augenblick, in dem Südafrika einen großen Schritt vorwärts macht, erlebt Amerika die zweite Blüte von Neo-Apartheid, und rassistische Demagogen predigen rohen Haß — die politische Botschaft der 90er.

Vor einigen Jahren zitierte ich in meinem sogenannten „Prozeß“ Mao Ze-Dong: „Politische Macht wächst aus den Gewehrläufen.“

Rückblickend wäre es vielleicht angebrachter zu sagen: „Politische Macht wächst aus dem Sitz eines elektrischen Stuhles.“

Schaut her — und Ihr seht eine sich ausbreitende Politik des Todes; von der Staatsanwaltschaft bis zum Bürgermeister, von der Justiz bis zur Regierung; vom Kongressabgeordneten bis zum Präsidenten — sie alle sind in einem Bündnis des Todes verfangen.

Alle diese Politiker — sie predigen den Tod.

Wer veranlaßte das Massaker bei der Bombardierung von MOVE, die Massenmorde von Waco und die vielen kleinen Morde dazwischen — alle reingewaschenen von derselben Regierung, die von sich behauptet, gegen Kriminalität hart vorzugehen, — außer es ist ihre eigene; das Volk bekommt Prozesse und Gefängnis, während sich die Regierung vor allem mit Verhören und ihrer Wiederwahl beschäftigt.

Ihr habt einen Prozeß erlebt, in welchem einem Mann sein Recht verweigert wird, eine Jury zu wählen; sich selbst zu verteidigen; einen Anwalt seiner Wahl oder auch einen kompetenten Pflichtverteidiger zu bekommen.

Ihr habt einen Prozeß erlebt, wo der Beweis für meine Unschuld unterdrückt wurde, falsche Beweise verworfen wurden, und das alles unter dem Vorsitz eines eingetragenen Mitglieds der FOP („im Ruhestand“), für deren Mitglieder „Unschuldsvermutung“ ein Witz war.

Wenn der Staat es für angemessen hält, auf meine frühere Mitgliedschaft bei den Black Panthers vor über zehn



Foto: scc

Jahren ständig hinzuwiesen, warum sollte dann Richter Sabo frühere Mitgliedschaft in der FOP nicht von Belang sein?

Selbst wenn die Regierung einen neuen Prozeß zulassen würde, vor einem unbefangenen Richter, wie könnte ich noch die Unterstützung von John Africa am Verteidigertisch oder den juristischen Rat von Theresa Africa bekommen, wenn doch dieselbe Regierung sie beim Massaker vom 13. Mai 1985 ermordete, indem sie auf sie geschossen und sie bombardiert, sie eingeäschert hat?

Dasselbe Büro der Staatsanwaltschaft, das dieses eklatant ungerechte Todesurteil fordert, sah das Blutbad des 13. Mai mit an, das 11 Männer, Frauen und Kinder ins Vergessen bomben wollte — und sah kein Verbrechen, keine Verletzung irgendwelcher Rechte darin.

Dasselbe Büro der Staatsanwaltschaft, das mit voller Absicht dafür sorgte, daß aus dem Personenkreis, aus dem meine Jury gebildet wurde, 11 Schwarze ausgeschlossen wurden, hatte den Nerv, für eine Vorverhandlung eine „Untersuchungs“-Jury im Fall meiner am 13. Mai bombardierten Brüder und Schwestern zu berufen und ihnen gleichzeitig „nahezulegen“, daß keine Anklage auf vorsätzlichen Massenmord zu erheben ist.

Was kann das Wort „Gerechtigkeit“ angesichts dessen wirklich wert sein?

Wahre Gerechtigkeit erfordert mehr als einen Hinrichtungsaufschub — sie verlangt, mit dieser eindeutig politischen Verfolgung endgültig aufzuhören!

Sie verlangt noch mehr: Sie verlangt die Mobilisierung unserer Communities, um einem System zu widerstehen, das represiver ist als das Südafrikas — um diese rassistische Todesstrafe abzuschaffen!

Sie verlangt Freiheit — für alle politischen Gefangenen von MOVE und für alle politischen Gefangenen gleich welcher Überzeugung! Jetzt!

Sie verlangt ständigen revolutionären Einsatz — um die Kräfte des Neo-Apartheid-Staates zurückzuschlagen.

Organisiert Euch! Mobilisiert!

Von Südafrika bis zu den USA — fegt die rassistische Todesstrafe hinweg! Ona Move! Lang lebe John Africa!

„Was wir jetzt brauchen, ist ein neuer Anlauf, unsere Freiheit durchzusetzen“

Erklärung von Hanna Krabbe, politische Gefangene seit 1975

Hanna Krabbe, deren jüngste Erklärung wir im folgenden dokumentieren, ist seit April 1975, das heißt seit mehr als 20 Jahren, inhaftiert, jahrelang in strenger Einzelisolation, seit dem Hungerstreik 1989 unter modifizierten Sonderhaftbedingungen in einer Kleingruppe, zuletzt mit Irmgard Möller und Christine Kuby. Nach der Entlassung dieser beiden Gefangenen ist die Kleingruppe aufgelöst. Unter dem Schein von „Normalisierung“ — Entlassung einiger zu lebenslanger Haft verurteilter Gefangener, Verlegung anderer aus dem Trakt — spitzt sich die Lage der verbliebenen Gefangenen aus der RAF tatsächlich zu. Die gesundheitliche Lage fast aller verschlechtert sich rapide. Ihre Möglichkeiten zu politischem Austausch sind nicht besser, teilweise sogar schlechter als in den vergangenen Jahren. Die Gefahr, daß die Gefangenen aus der RAF aus dem öffentlichen Gedächtnis verdrängt werden, ist groß; die Gefangenen selbst wehren sich dagegen, wie es ihnen möglich ist; an uns hier draußen liegt es, ihren Kampf um Selbstbehauptung als politische Menschen aufzugreifen und das Ziel, ihre Freilassung zu erreichen, nicht aus dem Auge zu verlieren. — (scc)

Ende April wurde ich, nach 20 Jahren Haft, in eine andere Abteilung verlegt, der Trakt für uns zugemacht.

Gerade erst hatte die Kieler Regierung öffentlich erklärt, sie könnten mich nach den Entlassungen der anderen nicht allein im Trakt lassen, sie wollten keine neuen Vorwürfe von Isolation, und die Bundes- und Länderräte würden jetzt darüber beraten, ob sie die über die BRD-Knäste verstreuten RAF-Gefangenen zusammenlassen, da gaben sie die Weisung, mich hier im Lübecker Knast in eine speziell eingerichtete, vom normalen Vollzug getrennte Station zu fünf, inzwischen noch vier Frauen zu schleppen. Das wäre das einzige, was nach den Jahren Sonderbedingungen für mich „zumutbar“ wäre.

Mir sind in den ersten Wochen richtig die Jahre in der Einzelisolation wieder hochgekommen. Einfach aus der Brutalität der Maßnahme, mich nochmal in so eine abgetrennte Situation zu stecken, nachdem wir so viele Schichten von Abschottung schon weggekämpft hatten und ich die letzten 13 Jahre mit anderen aus der RAF zusammen war.

Wie bewußt das Ganze auch noch darauf kalkuliert ist, daß ich unter der Handvoll Frauen alleine sein soll, wurde klar, als sie mir gemeinsame Fotos mit Frauen, mit denen ich mich befreundet hatte, verboten haben. Von mir würden nur Einzelfotos erlaubt — ich wäre nun mal die letzte und einzige, die von unserer Gruppe hier noch übriggeblieben ist.

Nach außen ist alles anders. Sie haben die Sicherheit runtergefahren, die Mauern sind — aus einem verstorbenen Reformmodell — innen wie wattiert, soll nach Wohnzimmer riechen, Knast, der nicht wie Knast aussehen soll, insgesamt eine verödende künstliche Atmosphäre, in der mir offensichtlich auch noch die Lust auf Realität genommen werden soll.



Im Vergleich zu den anderen Gefangenen aus der RAF — Christian kriegt im Moment ein Besuchsverbot nach dem anderen — habe ich teilweise gute Besuchsbedingungen, das betrifft aber nur bestimmte Besuche. Bei den meisten ist die politische Polizei dabei und schreibt mit nach wie vor. Aus Kiel wurde uns jetzt mitgeteilt, das wäre nur durch eine Entscheidung im Bonner Justizministerium und bei der Bundesanwaltschaft aufzuheben.

Weil wir Bundesgefangene sind, wie differenziert die Haft auch immer. Alles wird von der KGT kontrolliert.

Aber den Trakt sind sie los.

Sichtbares Dokument und ein Beispiel für das, was zwei Jahrzehnte die Regierungspolitik gegen uns war. Vom Toten Trakt 74, als Margit nach ihrer Verhaftung allein darin saß, bis zum inszenierten Selbstmordkomplott November 93, mit dem BKA und Justiz unsere existentielle und politische Perspektivlosigkeit beweisen wollten.

Als Gabi letztes Jahr nach 22 1/2 Jahren freikam, war in ihrer Person die Kontinuität unserer Geschichte, aber auch der Maßnahmen gegen uns präsent. An ihr ist da für einen Moment unsere Kampfgeschichte rückwärts die letzten zwanzig Jahre wieder aufgeblitzt. Auch international.

Ich denke, das war ein weiterer Grund, warum sie mich, jetzt die am längsten drin, aus dem Trakt raushaben wollten, den politischen Charakter der Sache verwischen, und warum ich auf keinen Fall nochmal mit anderen aus der RAF zusammenkommen sollte.

Immer versuchen sie, uns mit Gewalt zu atomisieren, und wenn wir das alles überlebt haben in all den Jahren, Kämpfe, Rückschläge, Kämpfe, Rückschläge, dann setzen sie drauf, uns zu individualisierten Entlassungsverfahren nochmal zu entpolitisieren und zu erschöpfen.

Ich wäre gern nochmal mit den anderen zusammengekommen — weil ich weiß, daß aus der Intensität unserer Beziehungen vieles möglich ist und daß wir zusammen immer handlungsfähig werden können.

Was wir jetzt brauchen, ist einen neuen Anlauf, unsere Freiheit durchzusetzen.

Wir haben es in den letzten Jahren zwar geschafft, einzelne von uns rauszukriegen, aber immer nur in äußersten Notsituationen und über Einzelkampagnen. Selbst das ist blockiert. Während die Bundesanwaltschaft mit Kronzeugenaussagen einen Prozeß nach dem anderen anstrengt — gegen Gefangene, von denen sie schon jetzt behaupten, sie kämpfen zu keinem absehbaren Zeit-

punkt frei —, geht es uns gesundheitlich so schlecht, daß alle paar Monate die Situation bei jemand anderem eskaliert.

Aber es geht vor allem politisch nicht mehr.

Um uns eine reale Perspektive auf Freiheit zu erkämpfen, brauchen wir zuerst einmal Voraussetzungen, uns politisch auszutauschen und zu äußern, untereinander und mit draußen. Auch gegen den letzten Versuch, uns quasi geschichtlich zu erledigen, indem unsere Entscheidung zum Bruch mit der Politik der Illegalen in alle Richtungen interpretiert wird. Nur nicht daraus, daß wir die Zäsur initiiert hatten und daß wir nicht wollten, daß RAF-Politik zu was Beliebigem wird, während es sie real nicht mehr gibt.

Wir kriegen eine politische Diskussion aber nicht in Gang ohne Stoffwechsel mit draußen. Ohne daß draußen zu sehen ist, wie es in den Knästen wirklich ist. Ohne daß wir überhaupt mal reden können, Neues aufnehmen. Also wir brauchen ungehinderte längere Besuche ohne politische Zensur. Für alle, sonst ist es nichts.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten politischer Haft und Kämpfen der Gefangenen, in denen wir nicht nur für uns die Lage geklärt haben, eine Selbstverständlichkeit.

Wir sind jetzt alle einzeln in verschiedenen Knästen, nur in Schwalmstadt sind noch zwei von uns. Wir wollen weiterhin soweit es geht zusammenkommen, aber es ist klar, daß nach 10, 15, 20 Jahren eine Mobilisierung die Freiheit zum Ziel haben muß.

Dabei nützt es nichts, auf die reaktionäre Entwicklung zu starren. Wir wissen, mit welcher Macht wir konfrontiert sind.

Während in den USA an Mumia ein Exempel statuiert werden soll, die Drohung einer Hinrichtung die gesamte innere Opposition trifft, ist Deutschland zu seiner inneren Konsolidierung für die neue Rolle als imperialistische Großmacht dazu übergegangen, jetzt die letzten 50 Jahre zu bewältigen — wozu auch die Geschichte mit uns gehört.

Das Asylrecht ist abgeschafft, die Bundeswehr soll wieder weltweit operieren, die DDR in einem monströsen Unterfangen kriminalistisch abgewickelt werden.

In allen gesellschaftlichen Bereichen werden erkämpfte Rechte zurückgenommen. Die nationale Formierung erträgt keine Widersprüche.

Von uns soll nichts übrigbleiben. Nicht das internationalistische Terrain, aus dem wir uns bestimmt haben, noch die Tatsache, daß es eine lange Geschichte politisch-militärischer Auseinandersetzung gegeben hat, auch wenn wir nicht durchgekommen sind.

Wenn wir uns nicht aufgegeben wollen, müssen wir gegen die Staatslogik die politische Auseinandersetzung organisieren.

Ich will nochmal zu meiner speziellen Situation zurück.

Im letzten Jahr bin ich aus dem Entlassungsverfahren, das die Bundesanwaltschaft angedreht hatte, ausgestiegen. Und zwar, nachdem mir klar war, unter welcher Prämisse das Ganzelief.

Die beiden in Celle, Lutz und Karl-

Heinz, hatten sich in der Vorphase des Verfahrens von einem Gutachter beseitigen lassen, sie hätten zur „Delegitimierung revolutionärer Politik“ beigetragen — durch ihre Kritik an der Stockholmer Aktion 75, wegen der wir verurteilt sind, und überhaupt an der ganzen RAF-Geschichte. Nachdem das Gutachten in Auftrag war, hatte Nehm neue Entlassungsverfahren eingeleitet und sich für die Freilassung der Celler stark gemacht. Gleichzeitig war die Situation für Gabi total zugespitzt, ihr Verfahren blockiert, mit Hinweis auf die Celler versuchte der Richter, von ihr dasselbe zu verlangen.

Das war im Sommer letzten Jahres, und wir sind dann im August in den kollektiven Streik gegangen, um die Sache wieder in die Hand zu kriegen und Gabi Freilassung durchzusetzen. Gleichzeitig bin ich aus dem Nehm-Verfahren raus, weil ich mir da nur eine weitere Ablehnung holen konnte.

Speziell zu Stockholm hatten die beiden aus Celle erklärt, Geiselschießen seien als revolutionäres Mittel nicht legitim. Wenn das eine politische Kritik sein soll, dann gehört sie nicht vor den Staatsschutzrichter.

Wir können unsere gemeinsame Kampfgeschichte nicht der Justiz übergeben. Entweder sie lassen uns raus und akzeptieren unsere politische Haltung und Verantwortung, oder nicht. Ich bin jedenfalls nicht bereit, eine Aktion, in der es um die Befreiung aller kämpfenden politischen Gefangenen und um die Kontinuität bewaffneter systemoppositioneller Politik ging, vor dem Richter in legitim und illegitim auseinanderdividieren zu lassen.

92, zu unserem ersten Entlassungsverfahren, hatten wir gesagt, wir werden nicht zum bewaffneten Kampf zurückkehren. Das betraf und betrifft konkret unsere Situation nach einer möglichen Freilassung und hat jedenfalls für uns damals drei hier in Lübeck nicht bedeutet, daß wir nun unsere Geschichte umlegen. Oder damit irgendetwas grundsätzlich gegen die Berechtigung bewaffneter revolutionärer Politik sagen wollen, was ja auch Quatsch wäre.

Ich werde jetzt selbst ein neues Verfahren für mich beantragen. Mir ist da bei bewußt, daß die Hürden gegen meine — und weitere! — Freilassungen nun wegzsuschaffen sind, wenn wir es schaffen, unsere gesamte Situation im Bewußtsein drinnen und draußen sowohl wieder zu politisieren, daß die juristischen Verfahren Nebensache sind. Lübeck, 10. Juli, Hanna Krabbe

Anmerkungen:

Christian — Christian Klar, z.Z. Bruchsal

Margit — Margit Schiller

Gabi — Irmgard Möller

Mumia — Mumia Abu Jamal, sitzt seit 13 Jahren in der Todeszelle im US-Staat Pennsylvania, soll am 17.8.95 hingerichtet werden; schwarzer politisch Gefangener, der einzige politische Gefangene im Todestrakt

Lutz und Karl-Heinz — Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo, im April bzw. Mai aus der JVA Celle entlassen

KGT — „Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung“

Nehm — Generalbundesanwalt

Eine Symbolgestalt der 68er Bewegung

Zum Tode des revolutionären marxistischen Theoretikers Ernst Mandel. Von Joachim Bischoff

Ernest Mandel ist tot. Der revolutionäre Marxist und Befürworter einer sozialistischen Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsformation und aller Übergangsgesellschaften war ein herausragendes Symbol der 68er Generation. Sein Credo: Die objektiven Möglichkeiten einer radikalen Umwälzung sind sowohl in den kapitalistischen Metropolen, in vielen Ländern der Dritten Welt als auch den Übergangsgesellschaften vorhanden. Der entscheidende Mangel liegt auf der Seite des subjektiven Faktors. „Bei richtiger Einstellung, erzieherischer und mit aktivem Beispiel vorangehender Tätigkeit der Arbeiterbewegung und ihrer Avantgarde können auch die subjektiven Vorbedingungen in der Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ... geschaffen werden. Dazu bedarf es letztlich nur einer zusätzlichen Bedingung: des politischen Willens aller Sozialisten, endlich ihre Pflicht in der Verwirklichung des Sozialismus selbst zu sehen, anstatt sich ausschließlich auf Teilziele zu konzentrieren.“

Heute mag diese Haltung auch auf der Linken sonderbar oder fremd erscheinen. Sie hat indes nicht wenige politische Biografien in diesem Land geformt. Der internationale Kongress gegen den Vietnamkrieg Ende der 60er Jahre stand unter der Losung: „Die Pflicht eines jeden Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen.“ An diesem Leitbild orientierte sich ein Teil der Jugend in den kapitalistischen Zentren; das Bild von Che Guevara symbolisierte diese Mentalität, die von Ernest Mandel mitgeprägt wurde. Wenn schon in den Industriestaaten die Avantgarde versagte, so hatte uns doch Kuba gelehrt, daß eines der schwächsten Glieder des kapitalistischen Weltsystems zerbrechen kann. „Durch Ausnutzung außergewöhnlicher historischer Umstände und unter der sicheren Führung der Avantgarde ergriffen die revolutionären Kräfte in einem gegebenen Au-

genblick die Macht, übersprangen ... einige Etappen, erklärten den sozialistischen Charakter der Revolution und leiteten den Aufbau des Sozialismus ein.“

Folgerichtig beteiligte sich Ernest Mandel an der Diskussion über Wertgesetz, Planung und Bewußtsein in Kuba Anfang der 60er Jahre. Er verteidigte den Ansatz Che Guevaras, daß nicht materielle Anreize, sondern das revolutionäre Bewußtsein die entscheidenden Impulse für die sozialistische Umgestaltung liefern. Er war ein entschiedener Kritiker jeder Form des traditionellen Partei- oder Sowjetkommunismus. Die Planökonomie wurde in seinen Augen weder der nachholenden Industrialisierung noch den politischen Interessen der Staatsmacht in der Sowjetunion gerecht. Die Deformation der sozialistischen Ideale hatte für ihn mehr mit den materiellen Interessen einer bürokratischen Kaste zu tun, die ihre Privilegien notfalls mit Gewalt verteidigte. Nur durch die Rückkehr zur Rätedemokratie und zur Arbeiterselbstverwaltung könnten die Probleme letztlich gelöst werden. Insbesondere hegte Mandel weder für den Eurokommunismus noch für die Perestroika Sympathien. Zugleich kritisierte er den aufkommenden Voluntarismus, pochte auf die Rolle der Lohnabhängigen und der Werktagigen, warnte vor terroristischen Aktionen.

Auch wer sein politisch-theoretisches Credo nicht teilte, konnte sich der Leidenschaftlichkeit seines politischen Engagements, seiner Aufrichtigkeit in der theoretischen Debatte, seiner charismatischen Rolle und seinem persönlichen Charme nicht entziehen. Ich begannete Ernest Mandel zum ersten Mal Mitte der 60er Jahre in einem angemieteten Kinosaal in Westberlin. Dort fand eine Debatte zum Thema: „Ist die Rolle der revolutionären Avantgarde an die Länder der Dritten Welt übergegangen?“ mit Teilnehmern aus dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund

(SDS), der Sozialistischen Jugend Deutschlands – die Falken und der linken SPD statt. Mandel, der führende Kopf der vierten (trotzkistischen) Internationale, demonstrierte seine profunden ökonomisch-historischen Kenntnisse, behauptete sich mit einem Plädoyer für die Lohnabhängigen in den Zentren, ohne die Umbruchssituation in der Dritten Welt und in China (Kulturrevolution) geringzuschätzen. Die Debatte war für ihn durchaus kein „Heimspiel“, und auch in späteren Jahren hatte er bei öffentlichen Auftritten mit Kritik zu rechnen.

Rastlos hastete der charismatische Intellektuelle in diesen Jahren durch die Städte Westeuropas und suchte der aufbegehrenden, lernenden Jugend zu politisch-theoretischem Bewußtsein zu verhelfen. Mandel hatte sich nach dem Erscheinen seiner *Marxistischen Wirtschaftstheorie* selbst als Student an der Pariser Sorbonne eingeschrieben und übernahm nach seinem Diplom 1967 Gastvorlesungen an Universitäten in Europa und den USA. Seine Untersuchung über den „Spätkapitalismus“ hatte er 1971 an der FU Berlin als Dissertation eingereicht; wegen der überragenden Kenntnisse trug ihm die universitäre Selbstverwaltung eine Professur der Wirtschaftswissenschaften an. Der Senat von Westberlin wollte aber keinen „überzeugten und erklärten Gegner der bürgerlichen Gesellschaft“ berufen. Die sozialliberale Regierung verhängte gar ein Einreiseverbot über den Sekretär der trotzkistischen Internationale – man wollte sich mit Frankreich, Schweiz und USA als Vorkämpfer gegen den revolutionären Marxismus profilieren. Die Prüfungskommission mußte zur Disputation der Dissertation nach Brüssel reisen.

Mandel unterrichtete in den folgenden Jahren vor allem an der Freien Universität in Brüssel, die ihn 1982 als Professor berief. Die Einreiseverbote wurden später aufgehoben, und der politi-

TERMINE

5.8.95: „Noch Chancen für die sozialistischen Ideen?“ Diskussionsveranstaltung mit Vertreterinnen und Vertretern von PDS, DKP, Zeitschrift Sozialismus und Marx-Engelsstiftung. Beginn 15 Uhr, Forum Industrie, Handwerk und Kultur, Arrenberger Str. 100, Wuppertal-Elberfeld.

1.9.95: Antikriegstag. In zahlreichen Orten werden Aktionen gegen den Bundeswehreinsatz im ehemaligen Jugoslawien vorbereitet.

1.9.-3.9.: UZ-Pressefest der DKP im Revierpark Wischlingen in Dortmund

9.9.: Vorstandstagung der Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten in Köln

16./17.9.: 3. Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Berlin

14.10.: Der Arbeitskreis Politische Berichte tagt in Köln

14.-15.10.: Bundeskonferenz Bund Westdeutscher Kommunisten in Köln

27./28.1.96: 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS.

sche Aktionsradius konnte wiederhergestellt werden. Mandel, der neben seinen ökonomischen und politischen Veröffentlichungen auch Ausflüge in die literarische Welt wagte (*Sozialgeschichte des Kriminalromans*), wurde 1977 Mitglied des deutschen PEN-Zentrums.

Ernest Mandel, 1923 in Frankfurt am Main geboren und in Antwerpen aufgewachsen, kannte die deutsche Repressionsmaschine schon aus der NS-Zeit. Sein Studium in Brüssel wurde durch die Schließung der Universität und den aktiven Widerstandskampf gegen den Nazi-Terror beendet. Die Deportation nach Deutschland und die Erfahrungen in deutschen Zuchthäusern und Lagern haben tiefe Spuren hinterlassen. Mandel, der in den 60er und 70er Jahren wegen seines Optimismus viel Zustimmung und Bewunderung erfuhr, war tief getroffen von der erneuten Ausbreitung fremdenfeindlicher, rassistischer Gewalt in Westeuropa. Auch im persönlichen Gespräch hat Ernest Mandel die defensive Konstellation der westeuropäischen Arbeiterbewegung nicht beschönigt; besonders bitter empfand er es, am Ende seines Lebens erneut mit der Gefahr eines Rückfalls in die rechtsradikale Barbarei konfrontiert zu sein. *Der Nachruf ist dem Neuen Deutschland vom 24.7.95 entnommen.*

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzter; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bank Unterschrift

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

14/95

Philosophie der konkreten Totalität

Georg Lukács: sein Denken, seine Zeit, seine Aktualität

Der dialektische Materialismus, die Lehre von Marx, muß täglich, ständig neu an der Hand der Praxis erarbeitet, angeeignet werden.“ Georg Lukács, Mein Weg zu Marx 1933

Möchte man die Philosophie dieses Jahrhunderts mit den drei wichtigsten Publikationen benennen, die das Denken unserer Zeit am nachhaltigsten beeinflußt haben, im Guten wie im Schlechten, so zählt Georg Lukács' Geschichte und Klassenbewußtsein von 1923 unbedingt dazu. Lukács' Beitrag zur Philosophie müssen auch bürgerliche Kräfte anerkennen, die die Umbrüche im Denken unseres Jahrhunderts ansonsten gern auf zwei Namen reduziert wissen möchten, nämlich auf Heidegger (*Sein und Zeit*, 1927) und Ludwig Wittgenstein (*Tractatus Logico-Philosophicus*, 1921).

Um hier kurz auszuführen: Insgesamt können Lukács, Wittgenstein und Heidegger als drei geistige Reaktionen auf die damalige sozial-ökonomische Kritensituation verstanden werden. Bei Wittgenstein ist es die Sprache, die er als Antwort und Lösung vorführt: Wenigstens Aussagen sollten logischen Gesetzen gehorchen, wenn schon nicht die Wirklichkeit.¹ Für Heidegger hingegen erscheinen die Probleme der Welt als fundamental-ontologischer Sinnverlust. Heidegger spricht dabei von der Sorge des Daseins, von der existentialen Angst, auch von Seinsvergessenheit und Entfremdung, von der Unheimlichkeit der Welt. Gemeint ist damit ein im Sein selbst schon verwurzelter Zustand der Sorge und Angst, und nicht eine gesellschaftlich hervorgebrachte. Was Wittgenstein und Heidegger formuliert haben, lag mehr oder weniger in der Luft: Die Bedeutung der Sprache wurde so auch in ganz anderen Winkeln der Philosophie erkannt, etwa von Ernst Cassirer oder Georg Simmel; und die Frage nach dem Sein gab es ontologisch ebenso bei Nicolai Hartmann, anthropologisch bei Max Scheler und Helmuth Plessner. Die Psychoanalyse Sigmund Freuds als Möglichkeit, Störungen des Befindens mit dem Gespräch zu behoben, zollt von der Virulenz von Sprache und Sein zu der Zeit. Die Literatur, man denke an Kafkas Prozeß oder Brechts episches Theater, operiert ebenfalls mit der Frage nach dem Sein, nach der „Stellung des Menschen im Kosmos“ (Max Scheler), oder besser: nach der Stellung des Menschen in einer vom Klassenwiderspruch durchsetzten Gesellschaft. Und die Literatur reflektiert auf die Krise einer Gesellschaft schließlich auch mit einer Krise ihres Mediums, der Sprache, wofür hier nur der Expressionismus, der Dadaismus, auch Joyces Sprachmontagen exemplarisch genannt seien.

Die Philosophie Georg Lukács' erhält nicht zuletzt ihre Schärfe darin, daß sie sich sowohl der Sprachproblematik wie auch der Heideggerschen Seinsproblematik² bewußt ist, hier aber konkret-geschichtlich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen vermittelt. Dieses zeigt sich schon im frühen Werk, also in *Die Seele und die Formen* (1910) und *Die Theorie des Romans* (1916) und ist begründet durch die Umgebung, in der Lukács' Theorie heranreift. Der am 13. April 1885 geborene Lukács setzt nach der Promotion in Budapest 1906 sein Studium in Heidelberg und Berlin fort. Hatte sich schon in Budapest Lukács' Interesse an der Lebensphilosophie

Simmels und Diltheys gezeigt, an der auch Heidegger sich schult, so kommt es jetzt zu persönlichen Bekanntschaften unter anderen mit Georg Simmel, Ernst Bloch und dem Neukantianer Emil Lask. Lukács studiert bei Heinrich Rickert und Wilhelm Windelband. Hier nun bewegt er sich in denselben Kreisen, im selben geistigen Klima wie etwa auch Heidegger, nur – und das muß hervorgehoben werden – daß Lukács gänzlich andere Schlüsse zieht als Heidegger. Lucien Goldmann hat überzeugend auf die abstoßende Nähe des Heideggerschen Begriffs des „Man“, dem entfremdeten, seinsvergessenen Dasein, und Lukács' „Wir“, also dem kollektiven Klassensubjekt hingewiesen: Obgleich beide von der Nähe der Max Weberschen Schule und des Neukantianismus (Rickert, Lask) lernen, zieht Heidegger doch regressive Schlüsse, die den einzelnen isolieren, während Lukács die solidarische Sprengkraft des Klassenbewußtseins der Unterdrückten schon früh erkennt. Man mag das auch in der Form der politischen Aktivität festmachen: Während Heidegger im Nationalsozialismus die Rettung des deutschen Daseins, im „Führer“ das „Gesetz“ vermutet³ und nach 1945 dann meint, nur noch ein Gott könne die Menschheit retten, ist Lukács' geistiges Leben durchsetzt vom praktischen und immer auch selbstkritischen Engagement. 1918 tritt er der Kommunistischen Partei Ungarns bei und wird Redaktionsmitglied des wissenschaftlichen Organs der KPU, der Internationale. 1919 wird er in das Zentralkomitee der KPU gewählt. In der Ungarischen Räterepublik, die der Budapest Arbeiterrat am 21.3.1919 ausruft, wird Lukács Volkskommissar für Unterrichtswesen.

Wenn Philosophie sich derart auf die Praxis konzentriert, setzt sie sich der Gefahr von Fehlurteilen besonders aus; gleichzeitig weiß sie aber auch um die Sachzwänge der Praxis. Gegen den Nationalsozialismus sah sich Lukács zum Einverständnis mit Stalins Politik gezwungen, auch in dem besten Wissen, daß diese Politik dem Humanismus fern steht. Zudem schlägt sich in Lukács' Sympathien für Stalin auch eine Enttäuschung über die bürgerlichen Intellektuellen nieder, die erst spät die Gefahr des Faschismus erkennen. In diesem Kontext muß Lukács' aggressives Fehlurteil gegen die bürgerliche Literatur, gegen Kafka und Joyce gesehen werden; ebenso aber auch seine vernichtende Kritik der bürgerlichen Philosophie: Mit seinem Buch *Die Zerstörung der Vernunft* (1953) macht er selbst liberale Denker wie Max Weber für den Faschismus verantwortlich. Unbestreitbar jedoch gäben sowohl dieses Buch wie auch seine umfangreichen Beiträge zur Ästhetik (etwa: *Die Eigenart des Ästhetischen*, 1963) einen fruchtbaren Nährboden für die gegenwärtigen Debatten, die gleichsam radikal die Konventionen der bürgerlichen Philosophie, der Ästhetik und Vernunft, in Frage stellen, ohne jedoch hier den politisch-ökonomischen Hintergrund näher zu diskutieren, der bei Lukács im Zentrum steht.

Die Aktualität Lukács' läßt sich wohl am deutlichsten an seinem wichtigsten Werk, *Geschichte und Klassenbewußtsein*, nachweisen. Auch wenn Lukács sich später von dem Werk distanzierte, hat dieses Buch – neben der *Theorie des Romans* – wohl den größten Einfluß auf den kritischen Marxismus ausge-

übt. Auch läßt sich Lukács' Theorie hier am bündigsten an Begriffen nachzeichnen, und es zeigt sich einmal mehr, wie stark seine Arbeit mit der Praxis verbunden ist. Im Zentrum des Buches stehen drei Fragestellungen, die, wenn man so will, an die bürgerliche Philosophie unmittelbar anknüpfen. Erstens die Frage nach der Methode, wie also welcher Gegenstand philosophisch erfaßt werden soll. Hier antwortet Lukács mit dem Begriff der „konkreten Totalität“ der Gesellschaft. Zweitens die Frage nach der Wirkung dieser Totalität auf die Bewußtseinsstrukturen; hier antwortet er mit der Theorie der „Verdinglichung“. Drittens beschäftigt sich Lukács moraltheoretisch mit Organisationsfragen unter dem materialistischen Gesichtspunkt der Ökonomie. Was die Wirkung und Aktualität des Buches angeht, so sind der Begriff der konkreten Totalität sowie die Verdinglichungstheorie von zentralster Bedeutung.

„Die kapitalistische Trennung des Produzenten vom Gesamtprozeß der Produktion, die Zerstückelung des Arbeitsprozesses in Teile, die die menschliche Eigenart des Arbeiters unberücksichtigt lassen, die Atomisierung der Gesellschaft in planlos und zusammenhanglos drauflosproduzierende Individuen usw. mußte auch das Denken, die Wissenschaft und Philosophie des Kapitalismus beeinflussen.“⁴ Die bürgerliche Philosophie erkennt nicht die Struktur, die diesen Prozeß letztlich doch zu einem konkreten Ganzen bindet: Sie nimmt die Atomisierung als gegeben an beziehungsweise als soweit fortgeschritten, daß vor lauter Komplexität nur noch Einzelphänomene beschrieben werden können. Erst Hegel begreift hier, daß das „Wahre das Ganze“ sei, allerdings ist dies für ihn noch ein Prozeß des Bewußtseins, das der Geist von der Wirklichkeit hat. Die Marxsche Theorie schließlich erweitert dieses durch die Tatsache, daß der Mensch wesentlich ein sinnlich-praktisches Wesen ist, begreift also die Gesamtheit der menschlich-sozialen Vorgänge als Wirklichkeit, als konkrete Totalität. Wer nicht über das Werkzeug der Dialektik verfügt, so Lukács, fällt auf einen Vorhegelschen Standpunkt zurück. Mit der Theorie der Verdinglichung erklärt Lukács nun, inwiefern dieser Prozeß von der Warenstruktur bedingt ist und inwiefern das Durchschauen dieses Prozesses vom Klassenstandpunkt abhängt.

„Das Wesen der Warenstruktur ... beruht darauf, daß ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit und auf diese Weise eine gespenstische Gegenständlichkeit erhält, die ... jede Spur ihres Grundwesens, der Beziehung zwischen Menschen verdeckt,“ erläutert Lukács Marxs Theorie vom Fetischcharakter der Ware. Das Bürgertum, das an den Produktionsverhältnissen nicht produktiv-praktisch teilhat, kann diese nicht durchschauen. Es kommt zwangsläufig auf Vorstellungen des Übernatürlichen oder glaubt, daß bestimmte Dinge und Zusammenhänge gar nicht erkläbar sind. Was Lukács am Kantischen unerkennbaren Ding-an-sich zeigt, läßt sich ebenso heute für die relativistische Theorie der Postmoderne und ihre Spielarten anwenden, in Stichworten: Es gibt mehr als eine Wahrheit und Wirklichkeit, die Welt ist nur noch als „Text“ zu lesen (Derrida);



Fabrik, 1927 Gerd Arntz

es gibt keinen Universalismus, keine „große Erzählung“ (also keine eine Geschichte), sondern alles liegt im Widerstreit (Lyotard); Wirklichkeit ist nur noch eine Simulation (Baudrillard). Vor bestimmten technologischen Änderungen kann die bürgerliche Philosophie deshalb auch nur erschrecken oder höhnisch kapitulieren, so bezüglich neuer Computertechnologien, den „virtuellen Räumen“ des Cyber-Space. Hier wird von den sozial-ökonomischen Antrieben der Produktivkraftentwicklung abstrahiert und statt dessen ein Trugbild der Technik entworfen (übrigens oft unter Berufung auf Heidegger und auch Wittgenstein), als obliege der Technik eine geradezu natürliche Eigenentwicklung. Lukács' Theorie der Verdinglichung macht jedoch transparent, daß die vermeintlichen Erfahrungs- und Realitätsverluste, die durch Cyber-Space drohen, unter Bedingungen der Warenproduktion je schon die menschliche Erkenntnisfähigkeit charakterisieren. Wer einmal einen Tag acht Stunden am Fließband stehen mußte, um sich abends allein noch mit ein paar Stunden Fernsehen in eine bessere Welt zu flüchten, weiß darum: Die neuen computertechnologischen Simulationsmöglichkeiten sind nicht die Ursache des Erfahrungsverlustes, sondern nur die Verdichtung einer im Kapitalismus unabdingbaren Erfahrungsarmut. Richtig ist sicherlich, daß das Ausmaß der Verdinglichung sich erst heute im Zuge technologischer Veränderungen im vollen Umfang zeigt. Und auch wenn Lukács' Hoffnung, das Proletariat könnte entgegen dem Bürgertum die Verdinglichung als Motor des eigenen Klassenbewußtseins erfahren, sich bislang nicht bestätigt hat, bildet dennoch das Begriffspaar „konkrete Totalität“ und „Verdinglichung“ ein Werkzeug, das erklärt, warum die Verhältnisse so sind, wie sie sind, und warum sie letztlich nicht so sein müssen und nach Veränderung drängen.

— (rob)

1 Was diese sogenannte sprachphilosophische Wende angeht, die also die Bewußtseinsphilosophie ablöst, so wäre neben Wittgenstein ebenso Ferdinand Saussure zu nennen, der von der Linguistik kommend die Bedeutung der Sprache für die französische Philosophie etablierte.

2 vgl. auch Lukács' Spätwerk, eine dreibändige Ontologie

3 So Heidegger am 3. November 1933 in einer Rede vor Studenten als neu gewählter Rektor der Universität Freiburg.

4 Lukács, Geschichte und Klassenbewußtsein, Darmstadt u. Neuwied 1970, S. 94
5 ebd., S. 170f.